

SEDUTA DEL CONSIGLIO REGIONALE N. 95 DEL 4 DICEMBRE 2002
SITZUNG DES REGIONALRATES NR. 95 VOM 4. DEZEMBER 2002

Ore 10.02

Vorsitz: Präsident Pahl
Presidenza del Presidente Pahl

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet und ich bitte um den Namensaufruf.

MINNITI: (*segretario*): (*fa l'appello nominale*)
(*Sekretär*): (*ruft die Namen auf*)

PRÄSIDENT: Entschuldigt haben sich die Abg. Perego, Grisenti, Cristofolini und Dellai.

PRÄSIDENT: (*verliest das Protokoll*)

Danke! Sind Einwände zum Protokoll? Keine. Dann gilt es als genehmigt.

...ich kläre das mit der Beschlussfähigkeit, nur weil der Kollege Valduga vorhin gemeint hat, es gäbe einen Zweifel über die Beschlussfähigkeit. Die Beschlussfähigkeit wird bei einer Abstimmung festgestellt und nachdem wir die Gewohnheit haben, die Anwesenheit noch während der Verlesung des Protokolls feststellen zu lassen, ist es also keine absolute Pflicht, schon bei Beginn anwesend zu sein. Wer innerhalb der Verlesung des Protokolls kommt, gilt als anwesend. So haben wir es immer gemacht. Deshalb ist die Beschlussfähigkeit erst jetzt feststellbar und sie ist gegeben.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt Nr. 4:
Beschlussfassungsvorschlag Nr. 34: Haushaltsvoranschlag des Regionalrates für das Haushaltsjahr 2003 (eingebracht vom Regionalratspräsidium). Ich verlese den Bericht.

BERICHT

Sehr geehrte Abgeordnete,

das vorliegende Buchhaltungsdokument, das Ihnen zur Beratung und Genehmigung unterbreitet wird, enthält den letzten Haushaltsvoranschlag dieser Legislaturperiode und berücksichtigt daher jene Rechtsinstitute, die gemäß Regionalgesetz Nr. 2/1995 und den Durchführungsverordnungen bei Ablauf der Legislatur wirksam werden.

Der Beschlussfassungsvorschlag ist gemäß Artikel 5 der Geschäftsordnung vom Präsidium in der Sitzung vom 13. November 2002 gutgeheißen worden.

Wie bereits angeführt, müssen gemäß Regionalgesetz und den verschiedenen Ordnungsbestimmungen, welche die Entschädigungen und Vorsorgebezüge der Regionalratsabgeordneten regeln, bei Beendigung des Mandats einmalige Entschädigungen ausbezahlt oder „Vorsorgerechte“ umgesetzt werden.

Im besondern sieht die gesetzliche, im Jahr 1995 genehmigte Regelung betreffend die Vorsorge als Grundvoraussetzung eine zehnjährige Beitragszahlung vor.

Je nachdem ob diese Voraussetzung erfüllt wird oder nicht, wirkt sich dies auf den Haushalt des Regionalrates aus, und zwar unmittelbar sofern die im Laufe des Mandats auf die Amtsentschädigung für die Erwirkung des Rechtes auf eine Leibrente einbehaltenen Beiträge rückerstattet werden oder längerfristig, wenn das Recht auf die Auszahlung der Leibrente zum Tragen kommt.

Dank der „Erneuerung“, die zu einer vollständigen Umgestaltung des vor 1995 geltenden Reglements geführt hat, können die einbehaltenen Beiträge so verwaltet werden, dass bei Beendigung des Mandats die im Gesetz vorgesehenen Begünstigungen zur Anwendung gebracht werden können.

So stellt die Rückerstattung der von den Regionalratsabgeordneten eingezahlten Beiträge an jene Mandatare, die nicht die notwendigen Beitragsjahre erreichen, keine zusätzliche Ausgabe dar, da lediglich im entsprechenden Ausgabenkapitel der Bedarf einzutragen ist und bei den Einnahmen die Mittel der entsprechenden Gebarung freigegeben werden müssen.

Im Sinne des Regionalgesetzes Nr. 2 wurde ferner ein Garantiefonds eingerichtet, mittels dem die Beiträge, welche die Regionalratsabgeordneten vor 1995 für die Erwirkung der Leibrente eingezahlt hatten und die in den Haushalt des Regionalrates geflossen waren, verwaltet werden.

Die Gebarung dieses Fonds wird durch ein mit Präsidiumsbeschluss im Sinne des Artikels 7 des Regionalgesetzes Nr. 2/1995 erlassenes Reglement geregelt. Dank der Anhäufung von finanziellen Mitteln ist der Regionalrat nunmehr in Hinblick auf die Auszahlung der direkten und übertragbaren Leibrenten an die Regionalratsabgeordneten, die ihr Mandat vor der XI. Legislaturperiode ausgeübt haben, völlig entlastet. Das Ausmaß der Ressourcen, die in diesen Fonds eingeflossen sind und im Haushalt des jeweiligen Finanzjahres ausgewiesen wurden, bildet für den Regionalrat somit eine Garantie in Zusammenhang mit der Auszahlung der Entschädigungen an alle Anspruchsberechtigten. Diese erfolgt aufgrund einer Rangordnung, welche die derzeitigen Empfänger einer Leibrente, die Abgeordneten, die die vorgeschriebene Altersgrenze noch nicht erreicht haben, sowie die Abgeordneten mit Mandatsjahren vor der XI. Legislaturperiode berücksichtigt.

Da die finanziellen Mittel noch nicht zur Gänze zur Verfügung stehen, hat das Präsidium beschlossen, die Mittel der jeweiligen Gebarung freizugeben und unter den Einnahmen auszuweisen und auf diese Weise einen Teilbedarf für das Jahr 2003 zu decken, da die in der Regelung vorgesehenen Bedingungen noch nicht zur Gänze erfüllt werden.

Wie bereits erwähnt, geht die Auszahlung der Mandatsabfindung bei Ablauf des Mandates nicht mehr zu Lasten des Regionalrates. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode wurde die Abfindung mit den Mitteln aus dem Solidaritätsfonds laut Regionalgesetz Nr. 2/1995 bestritten. Die zu entrichtende Abfindung wird ausschließlich auf der Grundlage der vom Regionalratsabgeordneten eingezahlten Beiträge sowie der Ergebnisse der Fondsgebarung berechnet. Auch in dieser Legislaturperiode werden die Auszahlungen nach denselben Modalitäten vorgenommen, wobei das

angehäufte Kapital aufgrund des von jedem Regionalratsabgeordneten gewählten Risikofaktors verwaltet wird.

Für die Abgeordneten, die selbst keinen Risikofaktor bestimmt haben, hat das Präsidium das niedrigste Risiko ausgewählt, um den bestmöglichen Schutz des Kapitals zu gewährleisten.

Der Beschlussfassungsvorschlag, der nun dem Plenum unterbreitet wird, berücksichtigt ausschließlich die Mandatsabfindung jener Regionalratsabgeordneten, die vor der XI. Legislaturperiode im Amt waren und denen der Regionalrat auf der Grundlage der vorher geltenden gesetzlichen Regelung eine Amtsentschädigung und das Tagegeld für jedes Mandatsjahr ausbezahlen muss.

Bevor eine eingehende Analyse der verschiedenen Kategorien vorgenommen wird, soll darauf hingewiesen werden, dass die Ausgaben insgesamt um 17% zurückgegangen sind. Dies ist größtenteils auf den "Garantiefonds" zurückzuführen, über den schon eingangs berichtet wurde. Was die Einnahmen betrifft, so muss als erstes erwähnt werden, dass ein Minderbedarf zu Lasten des Regionalhaushaltes in Höhe von 37% zu verzeichnen ist, wobei die Einsparung gänzlich darauf zurückzuführen ist, dass die Anhäufung von Mitteln abgeschlossen ist und die Fonds nachfolgend für die Verwendung freigegeben worden sind, so wie dies im Beschluss des Präsidiums vom 2. Jänner 1997, Nr. 8, welcher das Reglement des Garantiefonds enthält, festgelegt ist.

Bei den Einnahmen ist die Kategorie, die die buchhalterische Erfassung der Zinsen auf der Schatzamtsrechnung beinhaltet, angesichts des am 31. Dezember 2002 ablaufenden Vertrages abgeändert worden, da wahrscheinlich der gleiche Habenzinssatz nicht mehr vorgesehen werden kann. Hinzu kommt noch die Neufestsetzung der Einnahmen, die in der laufenden Haushaltsgebarung von Kapitalbewegungen, die nicht auf die normale Tätigkeit des Schatzamtsdienstes zurückzuführen sind, beeinflusst wurden.

In der **IV. Kategorie „Sich ausgleichende Posten im Ausgabenvoranschlag“** sind die erhöhten Einnahmen auf die Deckung der Spesen, die mit dem Abschluss der Legislatur verbunden sind und schon eingangs genannt worden sind, zurückzuführen.

Bezüglich der Ausgaben ist in der **I. Kategorie „Dienste des Regionalrats“** eine Erhöhung von 5% zu verzeichnen, die sich durch eine mögliche Angleichung der Aufwandsentschädigungen der Regionalratsabgeordneten und die eventuelle Auszahlung von Vorschüssen auf die Mandatsabfindung für jene Regionalratsabgeordnete, die unter die vor 1995 geltende Regelung fallen, ergibt.

In der **II. Kategorie „Regionalratsabgeordnete im Ruhestand“** ist eine höhere Bereitstellung von 5% im Vergleich zur laufenden Haushaltsgebarung zu verzeichnen, da auch die Auszahlung der Mandatsabfindung für die Regionalratsabgeordneten, deren Amtszeiten in die Jahre vor Genehmigung des Regionalgesetzes Nr. 2/1995 fallen, berücksichtigt wurde.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass 55% der Ausgaben durch höhere Einnahmen auf dem Kapitel 420 gedeckt werden.

Die Kategorie betreffend das Personal wird in dem im Nachtragshaushalt ausgewiesenen Ausmaß veranschlagt. Die Anwendung des Kollektivvertrags hat sich bereits positiv ausgewirkt. Zur Anwendung gelangen müssen noch die

Bestimmungen betreffend die berufliche Einstufung der Bediensteten. Das Tarifabkommen für die Führungskräfte ist noch nicht unterzeichnet worden.

Das Personal des Regionalrates in Trient und Bozen umfasst 38 Einheiten und setzt sich wie folgt zusammen: 3 Führungskräfte, von denen sich eine Einheit im Überstellungsverhältnis befindet, 11 Bedienstete im Funktionsbereich C (umfasst den ehemaligen VII., VIII., und IX. Funktionsrang), 15 Bedienstete im Funktionsbereich B (umfasst den ehemaligen VI. und V. Funktionsrang) und 9 Bedienstete im Funktionsbereich A (ehemaliger II., III. und IV. Funktionsrang). 3 Bedienstete befinden sich im Überstellungsverhältnis, 4 Bedienstete leisten Teilzeitarbeit. Den Sondersekretariaten des Präsidenten und der Vizepräsidenten sind 3 außerplanmäßige Bedienstete als Sondersekretäre sowie planmäßige und überstellte Bedienstete zugewiesen.

In der **V. Kategorie „Ankauf von Gütern und Ausgaben für Dienste“**, welche die Ausgaben für den Betrieb der Ämter enthält, ist ein Rückgang von ungefähr 3 % zu verzeichnen.

Mit Ausnahme jener Kapitel, welche die Ausgaben im Zusammenhang mit bereits unterzeichneten Verträgen betreffen, werden die Ansätze größtenteils in der im laufenden Haushalt ausgewiesenen Höhe oder mit einem niedrigeren Betrag ausgewiesen. Dasselbe gilt auch für die **VI. Kategorie „Übertragungen“**, in der im Kapitel, das dem Ermessen des Präsidiums unterliegt, eine Einsparung von 9 % zu verzeichnen ist.

Was die Gebarung der zu Lasten der Regionalratsabgeordneten einbehaltenen Beiträge anbelangt, werden in den entsprechenden Einnahme- und Ausgabekapiteln jene Beträge ausgewiesen, die gemäß den Gesetzesbestimmungen vorgesehen sind. Die Eintragung der Rückstände im Garantiefonds bezeugt, dass die Mittel, die den Garantiefonds speisen, teilweise unverfügbar sind.

Das Kapitel betreffend die Einkäufe betrifft im Wesentlichen die Ersetzung und Erneuerung der EDV-Anlagen, die für die Gewährleistung der Funktionsfähigkeit der Ämter erforderlich sind. Die Hard- und Software muss wiederholt ersetzt werden, was sich laufend auf den Haushalt auswirkt.

Der vorliegende Haushaltsvoranschlag weist in der Kompetenzgebarung Ausgaben in Höhe von 34.108.555,00 Euro aus und wird durch die Verwendung des Überschusses in Höhe von 1.661.735,00 Euro ausgeglichen. Die Kassagebarung in Höhe von 45.265.055,00 Euro wird durch Verwendung des Kassafonds in Höhe von 2.240.950,00 Euro ausgeglichen.

Ich hoffe darauf, dass der Regionalrat dem vorliegenden Beschlussfassungsvorschlag seine Zustimmung geben wird.

DER PRÄSIDENT

DER REGIONALRAT

Hat in der Sitzung vom 4. Dezember 2002;

Nach Einsicht in den Haushaltsentwurf 2003 des Regionalrats;

Nach Einsicht in den Beschluss Nr. 585/02 vom 13. November 2002 des Präsidiums, mit dem dieser Haushaltsentwurf genehmigt wird;

Nach Einsicht in die Artikel 5 e 6 der Geschäftsordnung des Regionalrats;

Nach Einsicht in die Ordnungsbestimmungen über die Verwaltung und Rechnungslegung des Regionalrats;

Mit _____ rechtsgültig abgegebenen Stimmen,

beschlossen

Art. 1

1. Die Feststellung, Vereinnahmung und Einzahlung in die Kasse des Regionalrats der für das Finanzjahr 2003 gemäß der im beiliegenden Einnahmenvoranschlag vorgesehenen Beträge und Erträge wird ermächtigt.

Art. 2

1. Der allgemeine Ausgabengesamtbetrag des Regionalrats für das Finanzjahr 2003 betreffend die Kompetenzgebarung in Höhe von 34.108.555,00 Euro und die Kassagebarung in Höhe von 45.265.055,00 Euro wird genehmigt.

Art. 3

1. Die Bereitstellung und die Bezahlung der Ausgaben für das Finanzjahr 2003 werden entsprechend dem beiliegenden Ausgabenvoranschlag bewilligt.

Art. 4

1. Mit Dekreten des Präs. d. Reg.Rats werden nach vorherigem Beschluss des Präsidiums eigens vorgesehene zusätzliche Kapitel für jene Einnahmen und Ausgaben eingeführt, die auf Konto Rückstände vorgenommen werden und für die es im Haushalt kein entsprechendes Kapitel gibt. Mit denselben Dekreten wird die Ermächtigung zu Kassageschäften vorgesehen.

2. Mit Dekreten des Präs. d. Reg.Rats wird nach vorherigem Beschluss des Präsidiums der Kassastand der Kapitel für Pflichtausgaben ergänzt, und zwar mit Beschränkung auf die höheren Rückstände 2002, die sich im Vergleich zu den im Voranschlag 2003 eingeschriebenen ergeben. Diese Dekrete werden der allgemeinen Rechnungslegung beigelegt.

Art. 5

1. Die allgemeine zusammenfassende Übersicht über den Haushalt des Regionalrats für das Finanzjahr 2003 wird, was die Kompetenz und die Kassa betrifft, mit den beiliegenden Tabellen genehmigt.

IL CONSIGLIO REGIONALE

Nella seduta del 4 dicembre 2002;

Visto il progetto di bilancio per l'esercizio finanziario 2003 del Consiglio regionale;

Vista la delibera dell'Ufficio di Presidenza n. 585/02 del 13 novembre 2002, che approva detto progetto di bilancio;

Visti gli articoli 5 e 6 del Regolamento interno del Consiglio regionale;

Visto il Regolamento interno di amministrazione e contabilità del Consiglio regionale;

A _____ di voti legalmente espressi,

delibera

Art. 1

1. Sono autorizzati l'accertamento, la riscossione e il versamento nella cassa del Consiglio regionale delle somme e dei proventi devoluti per l'esercizio finanziario 2003, giusto l'annesso stato di previsione dell'Entrata.

Art. 2

1. E' approvato in Euro 34.108.555,00 in termini di competenza ed in Euro 45.265.055,00 in termini di cassa il totale generale della Spesa del Consiglio regionale per l'anno finanziario 2003.

Art. 3

1. E' autorizzato l'impegno e il pagamento delle spese per l'esercizio finanziario 2003, in conformità all'annesso stato di previsione della Spesa.

Art. 4

1. Con decreti del P.C.R., previa delibera dell'Ufficio di Presidenza, viene provveduto all'istituzione di appositi capitoli aggiunti per le entrate e per le spese da effettuare in conto residui e per le quali non esistano in bilancio i capitoli corrispondenti. Con gli stessi decreti è prevista l'autorizzazione di cassa.

2. Con decreti del P.C.R. previa delibera dell'Ufficio di Presidenza, sono integrate le dotazioni di cassa dei capitoli relativi a spese di carattere obbligatorio, limitatamente ai maggiori residui risultanti alla chiusura dell'esercizio finanziario 2002 rispetto a quelli presuntivamente iscritti in preventivo 2003. Tali decreti saranno allegati al rendiconto generale.

Art. 5

1. E' approvato, in termini di competenza e di cassa, il quadro generale riassuntivo del bilancio del Consiglio regionale per l'esercizio finanziario 2003 con le tabelle allegate.

Sind Wortmeldungen? Keine. Dann stimmen wir über den Haushalt des Regionalrates ab. Wer ist dafür? Dagegen? Stimmenthaltungen?

Der Regionalrat des Haushaltes ist einstimmig genehmigt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt Nr. 5: **Gesetzentwurf Nr. 60: Bestimmungen für die Erstellung des Haushaltes für das Jahr 2003**

und des mehrjährigen Haushaltes 2003 – 2005 der autonomen Region Trentino – Südtirol (Finanzgesetz) – (eingebracht vom Regionalausschuss).

...Abg. Urzì, Sie haben das Wort.

URZÌ: Grazie Presidente. Volevo richiederle l'opportunità di riunire le opposizioni, laddove esiste un consenso largo e mi pare di averlo potuto constatare fra i membri dell'opposizione, al termine della lettura della relazione accompagnatoria al disegno di legge, in modo da avere un momento di incontro fra le opposizioni, in relazione allo svolgimento del dibattito.

Mi appello a lei, signor Presidente, affinché già da subito possa garantire questa sospensione dei lavori dopo la lettura della relazione. Grazie.

PRÄSIDENT: Quanto tempo?

URZÌ: Credo il tempo ragionevolmente utile, senza fare tutto di fretta, per fare il punto della situazione, per cui minimo tre quarti d'ora, signor Presidente.

PRÄSIDENT: Cons. Urzì, l'interruzione viene concessa.
Adesso passiamo alla relazione della Giunta.

ANDREOTTI:

RELAZIONE
al disegno di legge n. 61

Premessa

Il bilancio della Regione per l'esercizio finanziario 2003 prevede entrate pari ad euro 318.758.000,00 ed uscite pari ad euro 404.802.437,00.

Alla copertura del disavanzo di euro 86.044.437,00 si provvede mediante utilizzo dell'avanzo degli esercizi precedenti.

Il bilancio della Regione per l'esercizio 2003, conclusivo della legislatura corrente, va inquadrato da un lato sullo sfondo delle modifiche costituzionali il cui effetto si farà sentire in modo peculiare proprio nella tornata elettorale dell'anno prossimo, e dall'altro nella prospettiva delle deleghe amministrative alle Province.

In questa cornice la Giunta regionale ha piena consapevolezza della necessità di un particolare impegno nell'individuazione di un ruolo che valorizzi negli anni a venire la Regione, a fronte dell'evoluzione che la realtà istituzionale sia nazionale che regionale sta vivendo.

L'ente regionale gestore di competenze amministrative non è più attuale, ed il processo in corso di delega non costituisce solamente concreta attuazione del principio sancito dall'articolo 18 dello Statuto di autonomia, ma si pone come momento di piena applicazione del principio di sussidiarietà: la stessa riforma del Titolo V della Costituzione ha segnato una decisa accelerazione verso un esteso decentramento, e la sussidiarietà assume un ruolo centrale con il quale tutte le istituzioni dovranno confrontarsi.

La direzione verso cui indirizzare la riflessione e l'elaborazione istituzionale ce la indicano i processi di globalizzazione, la necessità di contrastare in tutti i settori economici, dal turismo, all'agricoltura, all'industria, sfide che realtà dimensionalmente più forti quotidianamente ci lanciano.

Una sede istituzionale di raccordo tra le Province autonome appare imprescindibile, sia per poter disporre di quella massa critica minima che in contesti nazionali ed internazionali, ed in particolare comunitari, permetta di far sentire la nostra voce, che per assicurare economicità ed efficienza in alcuni settori, quali la previdenza integrativa e l'organizzazione degli uffici giudiziari e, in prospettiva, altri aspetti di forte rilievo ed impatto sociale come la non autosufficienza.

Allo stesso modo la presenza ed il ruolo della Regione in realtà di respiro e vocazione sovraprovinciale, anche tramite la conferma delle partecipazioni azionarie in società di forte rilevanza economica...

(interruzione)

ANDREOTTI:

RELAZIONE
al disegno di legge n. 60

La presente legge, redatta ai sensi dell'articolo 27 della legge regionale 9 maggio 1991 n. 10, concernente "Norme in materia di bilancio e sulla contabilità generale della Regione", trova la sua nota accompagnatoria nella relazione al bilancio di previsione della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 2003 e bilancio triennale 2003 - 2005.

PRÄSIDENT: La parola al Presidente della II^a Commissione legislativa, per la lettura della relazione.

Presidente Urzì, trattiamo prima il disegno di legge n. 60 e poi il disegno di legge n. 61.

URZÌ: Quindi la finanziaria, signor Presidente? Intervengo sull'ordine dei lavori, perché ho preso atto del fatto che è stata avviata la lettura, credo che di questo debba essere reso conto all'aula, della legge di bilancio ed il Presidente Andreotti poi ha avuto la cortesia di sospendere quella lettura e di passare alla lettura della relazione accompagnatoria al disegno di legge n. 60, la legge finanziaria insomma.

Mi permettevo di intervenire in questi termini, anche per chiarire un equivoco che probabilmente poteva disorientare alcuni colleghi.

Quindi accolgo il suo invito, Presidente e come Presidente della II^a Commissione legislativa do lettura della relazione al disegno di legge n. 60.

R e l a z i o n e

La II^a Commissione legislativa, nella seduta del 15 novembre 2002, ha esaminato il disegno di legge n. 60 dal titolo: 'Disposizioni per la formazione del

bilancio annuale 2003 e pluriennale 2003-2005 della Regione autonoma Trentino-Alto Adige - legge finanziaria - (presentato dalla Giunta regionale).

Il Presidente Urzì, letta la relazione accompagnatoria al disegno di legge, concede la parola al Presidente della Giunta regionale avv. Andreotti che, nell'illustrare il provvedimento, pone l'accento sulla opportunità, ravvisata dalla Giunta regionale, di avvalersi del diritto di prelazione in ordine all'alienazione di azioni della Società Autostrada del Brennero da parte della società Condotte di Roma.

Il Presidente della Giunta regionale continua il proprio intervento ricordando che l'importo iscritto nella legge finanziaria, come incrementato da un emendamento in fase di elaborazione, è destinato, oltre che ad esercitare il diritto di prelazione per la quota di spettanza della Regione, anche per l'eventuale acquisto delle azioni che non vengano optate da parte degli altri soci della Società autostradale.

Non essendovi alcun intervento in sede di discussione generale, in sede di discussione articolata s'instaura un dibattito in ordine all'ammissibilità o meno di emendamenti presentati dalla Presidenza della Giunta e da parte di membri della Commissione con le finalità e gli obiettivi propri della legge finanziaria.

Il Presidente Urzì, provvede quindi a mettere in discussione gli emendamenti ritenuti ammissibili in quanto coerenti con le norme di legge che sottostanno alla presentazione della legge finanziaria, come presentati da alcuni membri delle minoranze. Tali emendamenti vengono rigettati.

Viene posto in votazione ed approvato l'emendamento modificativo che incrementa l'importo previsto dalla legge finanziaria e questo in seguito all'illustrazione da parte del Presidente sulle opportunità da parte dell'Amministrazione di avvalersi del diritto di prelazione non solo sulle azioni in fase di alienazione della società Autostrada del Brennero, ma anche sulle eventuali ulteriori azioni che risultassero non optate da parte dei soci della società autostradale del Brennero.

Viene dichiarato inammissibile un emendamento presentato dal Presidente della Giunta regionale in ordine alla facoltà da parte della C.C.I.A.A. di Bolzano di potersi avvalere, in materia di lavori pubblici ed attività contrattuale, della normativa della Provincia autonoma di Bolzano.

Il Presidente Urzì precisa che gli emendamenti dichiarati inammissibili hanno la necessità, in previsione della discussione in aula, di essere resi conformi, per la loro eventuale trattazione, alle disposizioni di legge in vigore in materia di legge finanziaria della Regione.

In sede di dichiarazione di voto il cons. Denicolò dimostra il proprio apprezzamento in ordine alla linearità di comportamento del Presidente della

Commissione con riferimento alle problematiche sottostanti alla trattazione di emendamenti con le disposizioni di cui alla legge finanziaria.

Posto in votazione, il disegno di legge in questione viene approvato con 6 voti a favore e 4 astensioni (cons. Urzì, Bertolini, Cominotti e Leitner).

Si rimette pertanto il disegno di legge per l'ulteriore esame da parte del Consiglio regionale.

PRÄSIDENT: Grazie, cons. Urzì. Adesso sospendiamo la seduta per ca. 45 minuti. Die Sitzung ist bis 11.20 Uhr zur Beratung der Minderheiten unterbrochen.

(ore 10.35)

(ore 11.44)

**Assume la Presidenza il Vicepresidente Panizza
Vizepräsident Panizza übernimmt den Vorsitz**

PRESIDENTE: I lavori riprendono. E' aperta la discussione generale sul disegno di legge n. 60.

La parola al cons. Mosconi. Prego.

MOSCONI: Gradirei intervenire sull'ordine dei lavori. Abbiamo appena concluso la riunione delle minoranze consiliari e siamo pervenuti ad una proposta che penso di riassumere molto brevemente. Abbiamo valutato l'opportunità di assumere una posizione costruttiva nella concretezza e nella sostanza delle cose, andando a vedere ciò che in tempi brevi e ragionevoli può essere ancora raggiungibile, da parte del Consiglio, nel portare avanti i propri lavori e quindi abbiamo fatto una valutazione che si riferisce al bilancio, perché è l'argomento in discussione, ma che prende in considerazione anche altri impegni del Consiglio.

Abbiamo voluto proporre una scaletta di priorità, rispetto agli impegni nostri, ma soprattutto le attese dall'esterno e quindi ci sentiamo di formulare questa proposta. La posizione nostra, per quanto riguarda il bilancio, può essere di ampia disponibilità per una sollecita conclusione dei lavori, entrando nel merito di quella che sarà l'approvazione della legge sul bilancio e chiediamo alla maggioranza consiliare, in relazione ed in accoglimento delle pressanti richieste che vengono dall'esterno, si anticipi l'esame del disegno di legge n. 15 sui comuni rispetto al disegno di legge sulle deleghe.

A questa condizione la minoranza è disponibile a consentire una prosecuzione dei lavori, soprattutto per quanto riguarda il bilancio, offrendo disponibilità e collaborazione.

Quindi chiediamo alla maggioranza che su questa proposta ci sia una risposta chiara, inequivocabile, che ci consenta di prospettare, nel periodo che rimane della legislatura, un modo di operare più costruttivo, più logico, più

ragionevole, più sensato, più serio, in modo che anche chi ci vede dall'esterno possa capire con quali intendimenti e con quali volontà il Consiglio porta avanti i propri lavori.

Pensiamo che non sia una richiesta da prendere sottogamba, pensiamo sia ragionevole e rispettosa di quelle che sono le attese pressanti sul piano istituzionale ed in questo penso di potermi riferire a qualche recente dichiarazione fatta da autorevolissimi esponenti di maggioranza relativa del Consiglio regionale, in terra trentina, dove veniva esplicitamente riconosciuto che la situazione organizzativa ed operativa dei comuni trentini deve finalmente pervenire ad una chiarificazione legislativa, che può dipendere solo dal Consiglio regionale. Quindi queste sono cose serie, sostanziali, ragionevoli che dobbiamo realisticamente fare ed alle quali va attribuito l'ordine di priorità rispetto ad altre attese che ci hanno fatto perdere tempo prezioso anche nel passato.

Questa è la proposta della minoranza, se la maggioranza ci darà una risposta in linea con quanto abbiamo chiesto, manterremo fede agli impegni che attraverso il sottoscritto la minoranza ha esposto alla vostra attenzione.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Mosconi. La parola al cons. Urzi.

URZÌ: Grazie Presidente. Sull'ordine dei lavori.

Abbiamo di fronte a noi due documenti significativi ed importanti e che sono rappresentativi di quello che è il programma politico di questa maggioranza, sono due documenti sui quali il gruppo consiliare di Alleanza Nazionale da subito si impegna a svolgere una energica azione ed opposizione, una opposizione diretta a segnalare di fronte a quest'aula, ma anche di fronte all'opinione pubblica, non solo le manchevolezze, ma anche i punti che questi documenti contengono e che sono la spia di una amministrazione proiettata verso un proprio interesse diretto di rappresentanza verso l'esterno, dalla propria immagine verso l'esterno, più che rivolta verso gli interessi della comunità.

Quindi la nostra sarà un'azione politica energica e di forte opposizione. Nel merito illustreremo successivamente le ragioni di questa nostra opposizione.

Signor Presidente, non possiamo però non prendere atto di quella che è un'esigenza che è emersa molto chiara dall'assemblea delle minoranze politiche, che è l'esigenza di dare risposte finalmente a delle richieste forti che si sono levate nel territorio della regione.

Il collega Mosconi è stato chiarissimo, io sottolineo questo suo appello nel richiamare all'attenzione di tutti, nonché del Presidente della Giunta regionale, in primis il Presidente della Giunta regionale sulla necessità di affrontare da subito, approvato il bilancio, il disegno di legge sui comuni.

In questo senso il gruppo di Alleanza Nazionale si impegna a svolgere una fiera azione di contrasto e di opposizione alla legge di bilancio, alla legge finanziaria nei termini più corretti e regolamentari, però si pone fermamente con questo nostro intervento anche a difesa dell'interesse che deve essere considerato sovrano della comunità regionale, a vedere

riconosciute alcune risposte ai tanti interrogativi che sono stati posti, primo fra tutti quello sulla regolamentazione dettata dalla legge sui comuni.

Noi auspichiamo, signor Presidente, che in questi termini si possa operare e che già dalla sessione di gennaio possa questa legge essere posta in discussione dell'aula, anticipando ogni altro punto. In questo senso verrà svolta l'azione politica di Alleanza Nazionale in questo Consiglio. Grazie.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Urzi. La parola al cons. Seppi, presumo sempre sull'ordine dei lavori?

SEPPI: E' chiaro, grazie. In linea con quelli che sono stati gli intendimenti in tre anni e mezzo di riunioni del Consiglio regionale e quindi sulla base di un totale blocco dei lavori che non aveva sicuramente lo scopo di essere ostruzionistico, se non in senso costruttivo, siamo arrivati forse alla resa dei conti.

Sono conscio delle nostre responsabilità e sono anche conscio che questa Regione abbia bisogno di essere governata ed abbia bisogno di avere un suo bilancio, che non trovi troppi ostacoli, se non quella corretta discussione che possa configurarsi temporalmente nei tempi previsti da un bilancio di questo tipo.

E' altrettanto ovvio che riteniamo doveroso arrivare ad una resa dei conti, nella quale si possa pensare di avere la possibilità di portare a casa, come Consiglio regionale, quelle che sono le più importanti leggi sul tappeto, che dovranno essere discusse, dal nostro punto di vista, nell'ordine di presentazione.

Quindi mi associo alla richiesta ed alla precisa presa di posizione del collega Mosconi, con il quale siamo arrivati a convergere in pieno, riteniamo doveroso l'anticipo della legge sui comuni, ma lo riteniamo doveroso in termini assoluti, quindi noi vogliamo una inequivocabile presa di posizione, che non possa in alcun modo essere capovolta, dopo di che riteniamo che la legge sui comuni vada fatta nei tempi e nei modi che andremo a considerare, ma nella nostra posizione cercheremo di essere costruttivi e non sicuramente ostruzionistici, ma arriveremo ad una conclusione che si possa definire rapida nei tempi di una corretta discussione in aula.

Quindi su questa base siamo perfettamente consci che il nostro compito ed il nostro impegno sarà nell'ordine che abbiamo detto. Non abbiamo intenzione di portare avanti un discorso ostruzionistico sul bilancio a queste condizioni.

Riteniamo che il bilancio non sia corretto su ogni sua linea di principio e su ogni sua presentazione, come essa è stata proposta nel disegno di legge, per cui comunque c'è lo spazio per un blocco totale del bilancio, nei tempi e nei termini previsti dal regolamento.

Riteniamo doveroso sentire da parte vostra una presa di posizione che sia inequivocabile e questa presa di posizione la chiediamo al Presidente della Giunta, il quale ci deve dare una risposta precisa, se intende procedere con la legge sui comuni, finito il bilancio, noi siamo d'accordo a chiudere la questione in breve tempo, presentando quelle che sono le nostre critiche al bilancio in tempi ovvi, se così non fosse la situazione è diversa, ci vedrà impegnati in maniera più agguerrita, perché riteniamo doveroso che le cose

seguano un determinato iter e che non si possa sottostare a quelli che sono i ricatti continui, praticati dalla SVP, non solo all'interno di questo Consiglio, ma anche nelle pressioni portate alla maggioranza italiana trentina che compone questa Giunta. Grazie.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Seppi. La parola al cons. Morandini, presumo sull'ordine dei lavori?

MORANDINI: Sì Presidente, sull'ordine dei lavori, ma ho l'occasione di interloquire, contemporaneamente, con il Presidente della Giunta ed il capogruppo Denicolò che ho davanti a me e quindi vorrei far presente un atteggiamento profondamente costruttivo che anima la proposta che ha fatto il cons. Mosconi ed alla quale il nostro gruppo si riconosce pienamente.

Presidente Andreotti, non le pare un atteggiamento costruttivo quello che vede oggi la proposta, da parte delle minoranze, di approvare questo bilancio di previsione e glielo dico perché sono certo che gran parte dei membri della Giunta e della maggioranza pensano che si arrivi all'esercizio provvisorio. Non le pare costruttivo, Presidente Andreotti, proprio per la dignità della Regione, del suo governo, dei suoi consiglieri, della istituzione, purtroppo sovente svuotata in questi ultimi anni, non certo per nostra iniziativa, non le pare costruttiva una proposta che si fa carico di approvare l'intero bilancio di previsione della Giunta regionale e quindi di non portare la Regione stessa all'esercizio provvisorio, che vorrebbe dire il rimandare in dodicesimi il bilancio ed a marzo, eccetera, il relativo provvedimento legislativo

Quindi, da parte delle minoranze, fare un passo significativo – so che l'onestà intellettuale di Denicolò queste cose sicuramente le sa apprezzare – però chiedere un altro piccolo passo di anticipare, secondo la richiesta che 170 sindaci hanno fatto in quest'aula e pure molti consiglieri regionali, di anticipare la trattazione in questa sede del disegno di legge relativo alla disciplina degli enti locali in materia elettorale e quant'altro e poi di riprendere l'esame del disegno di legge sulle deleghe.

A me pare che questo sia un passo significativo, un atteggiamento costruttivo che, di fronte allo spauracchio dell'esercizio provvisorio, potrebbe dare un colpo d'ala ai nostri lavori ed anche al ruolo della Regione. Grazie.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Morandini. La parola al cons. Lo Sciuto.

LO SCIUTO: Sull'ordine dei lavori. Non sarei intervenuto, ma i colleghi che hanno parlato dopo il cons. Mosconi hanno omesso di sottolineare una cosa importante che vorrei che il collega Denicolò tenesse nella dovuta considerazione.

La richiesta non è soltanto quella di anticipare, dopo la sessione di bilancio, il disegno di legge n. 15, che sicuramente ha una sua priorità e non soltanto perché lo chiedono i sindaci, ma la proposta è molto più complessiva, signor Presidente, significa una svolta dei lavori dell'intera parte finale della legislatura, quindi non si limita ad un atteggiamento più costruttivo dell'opposizione sul bilancio, a condizione che si anticipi la legge sui comuni, ma si aggiunge che l'atteggiamento dell'opposizione in questa parte finale della

legislatura sarà costruttiva in tutte le iniziative, in tutte le leggi che si susseguiranno.

Ecco perché, cons. Denicolò, non c'è da fare ironia, in quanto noi non ci siamo limitati a dire che il nostro atteggiamento è finalizzato oggi soltanto perché si anticipi la discussione sul disegno di legge n. 15, è un cambio di rapporti più costruttivi fra maggioranza ed opposizione, un modo diverso di lavorare per tutta la parte finale della legislatura. Grazie.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Lo Sciuto. Prego, cons. Taverna.

TAVERNA: Sul regolamento, signor Presidente. Noi ci troviamo a vivere una fase alquanto incerta, per quanto concerne le procedure, perché sentendo i colleghi che diffusamente sono internati sull'ordine dei lavori, ho l'impressione che la questione dell'esame approfondito del bilancio sia passata quasi in secondo piano, rispetto ai futuri ulteriori appuntamenti, scadenze di altri provvedimenti.

Ho chiesto di poter parlare sul regolamento, caro Presidente, perché non sfugge a nessuno che la questione del bilancio, che è fondamentale per la vita dell'ente, non possa essere in alcun modo esaminata se non contestualizzando il bilancio nell'attività del Consiglio regionale, senza con questo dover premere l'acceleratore, oppure premere il freno.

Ritengo di poter invitare il Presidente della Giunta a considerare che l'appuntamento di oggi è importante, che merita tutta l'attenzione dovuta ed il Presidente della Giunta, a mio giudizio, dovrebbe anche dare i segnali giusti ed opportuni, affinché si possa procedere nella discussione di questo e di altri temi con la massima autonomia e libertà, rispettando i ruoli di tutti, ma non dimenticando che il ruolo fondamentale dell'opposizione è quello del controllo dell'indirizzo e della verifica degli atti compiuti dalla maggioranza, siano atti di natura amministrativa che atti di natura politica.

Rientra tra questi, signor Presidente, l'impegno che lei ha assunto e del resto non mi sono affatto dimenticato di quel tavolo per il futuro della Regione che è stato annunciato da tanto tempo, ma che mai ha trovato puntuale riferimento. Ritengo quindi che quel punto programmatico del suo governo, signor Presidente della Regione, sia un punto programmatico destinato ad essere sterile e non trovare nemmeno la luce per quanto riguarda la sua formale realizzazione.

Non credo che lei sfugga, signor Presidente, il momento significativamente opportuno, anche dal punto di vista dei tempi, rispetto al fatto che il Parlamento affronta con difficoltà, ma penso anche con un certo coraggio la questione della devoluzione e quindi la riforma dell'art. 117 della Costituzione, a noi non sfugge l'opportunità che attraverso la rivisitazione del Titolo V della Costituzione ed in particolare dell'art. 117 possono essere colte le occasioni ed essere individuati gli spazi per approfittare di questo percorso, al fine di dare contenuto alle volontà di tutti e che sulla Regione si sono ampiamente occupati circa il suo futuro e non aspettando il momento delle esequie.

Signor Presidente, ecco perché faccio appello alla sua responsabilità, dal momento che lei prenderà la parola subito dopo di me per

rispondere anche a questi quesiti, che ritengo siano importanti per la individuazione di un corretto percorso che regga anche sul piano del regolamento.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Taverna. La parola al cons. Divina, immagino sempre sull'ordine dei lavori? Prego.

DIVINA: Grazie Presidente. Mi rivolgo al Presidente della Giunta Andreotti, proprio per rimarcare quanto ha appena affermato il collega Mosconi, che ha portato un messaggio di disponibilità e di distensione, da parte della Lega c'è disponibilità a ragionare su questo bilancio, a non porsi con posizioni conflittuali, come su altre leggi inevitabilmente ci siamo dovuti trovare, offrendo una doppia possibilità al governo della Regione di poter avere un bilancio con il quale lavorare immediatamente, senza doversi preoccupare di predisporre una legge che autorizzi l'esercizio provvisorio, trovandosi in ogni caso la "questio" bilancio nei primi mesi dell'anno prossimo, offrendo la disponibilità di trattare con rapidità il bilancio in contro altare ad altrettanta disponibilità a trattare immediatamente la legge sui comuni.

Penso che la Giunta regionale, non diversamente da noi forze di opposizione, che si trovasse a girare sul territorio, ad interagire con le amministrazioni, l'unica cosa che gli verrà chiesta sia a quando riuscirete a varare la riforma che stiamo aspettando.

Bene, credo che da parte delle opposizioni la Lega si aggrega, c'è questa disponibilità: trattiamo questo bilancio con celerità e passiamo immediatamente alla trattazione della legge sui comuni.

Presidente della Giunta, credo che lei proprio ieri abbia avuto una grossa disponibilità, apertura di credito, volontà di collaborare, in quanto il Ministro della giustizia, proprio ieri, finito un appuntamento organizzato dal nostro movimento, ha deciso di fare visita a lei proprio per capire bene quali fossero le questioni della giustizia in Trentino, sapendo come in Trentino la giustizia si trova, rispetto al resto del territorio, divisa su due fronti, la competenza diretta in materia di giustizia locale o giustizia minore, senza voler offendere alcun operatore della giustizia, la competenza in materia di Giudici di pace, che si allarga alla competenza strutturale sul territorio, bene, ha avuto in aperta assemblea le dichiarazioni del Ministro per la giustizia, ha avuto altrettante rassicurazioni di interesse e collaborazione nel vostro incontro che è succeduto, credo che da parte delle forze che hanno colori diversi alla formazione di questa Giunta regionale, ci sia una grande disponibilità.

Presidente Andreotti, confido che lei faccia un attimo di riflessione, si confronti con la sua maggioranza, perché poter avere in tempi rapidi un bilancio approvato, in altri tempi rapidi poter avere la legge sui comuni da poter offrire a tutte le realtà che lo continuano a chiedere, credo sia un interesse di tutti, in particolare di questa Giunta che a fine legislatura qualcosa dovrà pur porre sul piatto, una specie di bilancio quale produttività. C'è una grossa disponibilità a collaborare, affinché anche questa Giunta possa fare la sua onorata figura.

Presidente, tenga in debito conto queste aperture di credito. Come Lega siamo disponibili su tutta la linea argomentata dal collega Mosconi.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Divina. La parola al cons. Denicolò, presumo sempre sull'ordine dei lavori?

DENICOLO': Zum Fortgang der Arbeiten. Ich denke, werte Kolleginnen und Kollegen, dass es schon sinnvoll ist, dass sich die Mehrheit zusammensetzt und auf Ihre Anregung hin, Herr Kollege, ihr mehrheitliches Gewissen erforscht. Denn ich habe Ihre Wortmeldung so empfunden, als ob Sie der Mehrheit jetzt mit ganz großer und mächtiger Glaubwürdigkeit so richtig ins Gewissen reden wollten. Wir werden das also tun. In der Mittagspause werden wir Ihre Anregungen und Ihre Möglichkeiten prüfen und dann zu Beginn, um 15.00 Uhr, unsere Antwort geben. Nur, das eine oder andre reizt mich trotzdem und zwar als Sprecher der Südtiroler Volkspartei es Ihnen noch einmal in Erinnerung zu rufen: Das Jahr 2000 – und Sie werden sich gut daran erinnern – hatte die Gemeindevorschriften und das Gemeindevorschriftengesetz auf der Tagesordnung. Haben Sie vergessen, was Sie alles in Bewegung gesetzt haben, um die Behandlung dieses Gesetzesentwurfes bis hin zu den von den Bürgermeistern so sehr geforderten Regelungen zu verhindern? Haben Sie vergessen, dass Sie mit dem hier im Regionalrat verabschiedeten Art. 19 von 48 die Blockade dann total angeordnet haben und die Mehrheit gezwungen haben, diesen Entwurf von der Tagesordnung zu nehmen, weil Sie gesagt haben, es geht nichts mehr weiter, wenn nicht die bereits abgestimmten Artikel zum Gemeindevorschriftengesetz archiviert werden? Das war doch Ihr gewaltiges Bemühen, diesen Gesetzesentwurf aufzuhalten. Und jetzt drehen Sie das ganze auf den Kopf, kommen zu uns und sagen die Mehrheit ist verpflichtet, diese Gemeindevorschriften wieder auf die Tagesordnung zu setzen, weil Sie diejenigen sein wollen, die jetzt die Gemeinden unter die Arme greifen und sagen, kommt zu uns, wir verstehen eure Nöte, wir bringen eure Anliegen weiter. Zunächst blockieren sie die Mehrheit und dann tun sie so, als ob die Mehrheit etwas gegen die Gemeinden hätten. Also alles was Recht ist!

Und dann zu den Delegierungen: Sie behaupten nach wie vor, nehmt doch die Delegierungen weg, tut die Gemeindevorschriften drauf und wir können miteinander eine herrliche Legislaturperiode beenden. Ja, Kolleginnen und Kollegen, was haben Sie hier nicht alle geredet, von der Würde des Regionalrates, von der Autonomie, von der Subsidiarität und von all diesen Dingen! Und jetzt kommen Sie daher und meinen, dass Sie jetzt die Wortführung in diesen großen Anliegen haben, nachdem wir über Jahre hinweg anhören mussten, was Sie von Minderheiten, vom Proporz, vom Autonomiestatut halten.

Kolleginnen und Kollegen, aus der Sicht der Südtiroler Volkspartei spielen Sie hier mit dem Wind, aber nicht mit uns.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Denicolò. La parola al cons. Leveggi, sempre sull'ordine dei lavori? Prego.

LEVEGGHI: Certo. Devo dire che non mi associo alla proposta di mettere sul piano il bilancio al disegno di legge sui comuni, però condivido la necessità di anticipare il disegno di legge sui comuni, perché è una vergogna rinviarlo ulteriormente. Debbo dire che se l'opposizione oggi è disponibile, dopo avere

paralizzato per due anni il disegno di legge sui comuni, non vedo per quale motivo questo Consiglio non dovrebbe mettersi attorno ad un tavolo e stabilire un termine entro il quale si concluda questa discussione, visto che abbiamo lavorato due anni sul disegno di legge sui comuni.

Quindi potremo dire che, finito il bilancio, i mesi di gennaio e febbraio sono dedicati al lavoro sul disegno di legge sui comuni, credo siano i tempi necessari per poter approvare da parte del Consiglio questo disegno di legge.

Credo che se è vera, e non posso dubitare del contrario, la volontà dei consiglieri che sono intervenuti, rispetto al disegno di legge sui comuni, al fatto di avere finalmente questa legge, possiamo benissimo concordare un calendario entro il quale questo disegno di legge possa venire licenziato da quest'aula, ritornando poi sulle leggi che sono ancora in discussione, che sono ancora sofferenti, se è vero che c'è questa volontà di superare la lunghezza storica che ha caratterizzato questa legislatura, rispetto alla discussione della legge sui comuni.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Leveghi. La parola al cons. Mosconi sul regolamento.

MOSCONI: Sono stratagemmi che bisogna conoscere ed utilizzare. Volevo solo affidare un messaggio al collega Denicolò, prima che sia affrontata, all'interno della maggioranza, una discussione sulla nostra proposta.

Voglio fare una precisazione, lui ha usato un termine un po' forte, lui è convinto che quello che noi abbiamo proposto sia una sorta di ricatto, finalizzato a vantaggi e convenienze di tipo politico, eccetera. Lo voglio rassicurare che non è così, lo invito ad apprezzare la volontà dimostrata, dopo una lunga discussione al nostro intero, che ha voluto essere la dimostrazione di disponibilità, di collaborazione e di concretezza nell'affrontare i problemi che stanno all'attenzione di questo Consiglio.

Vorrei invitare anche gli altri componenti della maggioranza a voler valutare la concretezza dei problemi che dobbiamo affrontare, anche al di fuori di quelle che sono pure e mere valutazioni di convenienza politica. Ho fatto nel mio primo intervento una valutazione di tipo realistico, sostanziale e concreto, noi abbiamo tre argomenti importanti in discussione, che sono il bilancio, le deleghe ed il disegno di legge sui comuni. Le deleghe avranno comunque effetto, perché andranno a conclusione con il 2004. Possiamo negare che la problematica che riguarda tutti i comuni della Regione Trentino-Alto Adige ha una importanza, dal punto di vista temporale, rispetto a quella della deleghe? Possiamo aspettare ancora mesi a dare una risposta, perché siamo solo noi a poterla dare ai comuni, conclusiva e definitiva sulla loro organizzazione, per mettere in condizione di operare veramente come tutti chiedono, per poter dire finalmente che le competenze vanno riportate in capo a chi è stato eletto dal popolo e non in mano alla burocrazia? Possiamo essere latitanti su queste problematiche di fronte ai comuni? No.

Ecco l'unico motivo per il quale diciamo che in testa alle priorità va messo il disegno di legge sui comuni, semplificandolo, se necessario, rispetto ad altri problemi contenuti nello stesso disegno di legge che possono

comportare maggiori attriti all'interno del Consiglio regionale, quindi fra maggioranza e minoranza.

Quindi chiudo dicendo: questo è il nostro spirito, questa è la nostra convinzione con la quale abbiamo fatto la proposta, vi invitiamo a leggerla, ad interpretarla in questo senso ed a dare una risposta che sia in linea con quanto abbiamo voluto proporre.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Mosconi. La parola alla cons. Conci, immagino anche lei sull'ordine dei lavori? Prego.

CONCI: Presidente, sì sull'ordine dei lavori. Anch'io devo dire che non vedo un contrasto tra la richiesta fatta dalle minoranze ed il portare avanti il problema delle deleghe, per i motivi che sono stati espressi, ma anche perché credo che se ci si mette attorno ad un tavolo, se c'è questa disponibilità, se c'è questa apertura e quindi se riusciamo a portare a casa di fatto sia il bilancio, che credo non sia cosa di poco conto, sarebbe davvero sconveniente l'andare alla gestione provvisoria del bilancio, dà sempre questa idea di precarietà e noi invece abbiamo bisogno di rafforzare le istituzioni.

Devo dire anche che non vedo un contrasto con quanto stiamo portando avanti, lo dico al collega Denicolò, perché se si ha la volontà di portare a casa il bilancio da una parte, le deleghe e la questione dei comuni che sta a cuore a tutti noi, possiamo trovare soluzioni compatibili.

Vorrei ricordare che tutti i presidenti dei gruppi consiliari del Trentino hanno firmato una mozione, da me presentata, ma da tutti sottoscritta, sia dalle forze politiche di maggioranza che dalle forze politiche di minoranza, perché si andasse a discutere questa legge sui comuni addirittura non oltre il mese di novembre. Il mese di novembre è passato, credo che oggi ci si richieda di approvare il bilancio, perché è giusto che questo sia fatto nei tempi utili, nulla vieta che nel mese di gennaio, dopo il passaggio importante e significativo del bilancio, sia decisa magari una sessione straordinaria che porti avanti questo problema relativo ai comuni.

Non vedo delle difficoltà in questo senso, credo che occorra davvero mettere in campo tutte le azioni positive, perché sia possibile dare risposta ad un problema che ormai si trascina da troppo tempo e che mette in difficoltà davvero i comuni. Nello stesso tempo credo sia possibile portare avanti in sessione ordinaria il discorso già avviato delle deleghe. Chiedo che ci sia un incontro di tutta la maggioranza, perché queste questioni siano possibilmente e positivamente risolte insieme. Grazie.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Conci. Immagino che il cons. Giovanazzi intenda parlare sul regolamento, sull'ordine dei lavori non è possibile, perché è già intervenuto il collega Morandini.

GIOVANAZZI: Sul regolamento allora parlo. Mi sembra che in quest'aula ci sia una continua presa per i "fondelli", uso questo termine perché è più efficace.

Ho sentito alcuni interventi, vorrei chiedere anche alla collega Conci se ha parlato per conto della maggioranza o della minoranza? Se intende veramente fare un'azione che è quella anche di evitare di dare sostegno a

questa maggioranza, se non viene data attuazione ad una richiesta che è stata sottoscritta da me ed anche dal cons. Morandini, che è anche Vicepresidente del Consiglio provinciale di Trento e che siede alla mia destra nel gruppo consiliare regionale qui a Bolzano.

Abbiamo avuto l'incontro in quest'aula con i sindaci, sono state fatte tantissime promesse, oggi mi sembra che da parte della minoranza sia venuta una proposta che non è sicuramente una proposta ricattatoria, assolutamente, è arrivata una proposta costruttiva, cioè quello di dire: signori, noi non facciamo ostruzionismo – passatemi questo termine – sul bilancio, facciamo approvare questo bilancio, però ci deve essere la dimostrazione anche da parte della maggioranza di una buona volontà di accogliere la richiesta, che non è solo nostra, ma è anche dei sindaci di approvare in tempi rapidissimi il disegno di legge sui sindaci.

Fra l'altro il Presidente Durnwalder, che è stato invitato a San Zeno, ha sollecitato l'approvazione di questo disegno di legge ed allora smettiamola di portarlo in giro, come si portava in giro la Madonna Peregrina una volta e che ha fatto questa funzione l'ex Presidente Magnago e adesso lo sta facendo Durnwalder. Smettiamola, perché è sempre stato il PPTT che l'ha portato in processione facendo delle promesse, creando anche delle attese.

Nel momento in cui un Presidente della Giunta provinciale di Bolzano, che è un autorevole esponente del Consiglio regionale viene a sollecitare a San Zeno l'approvazione del disegno di legge su sindaci e poi vediamo che qui c'è invece una manifesta non volontà di portare avanti questo argomento, allora dico che c'è da fare una riflessione sui comportamenti degli esponenti della SVP.

Da parte nostra c'è la massima disponibilità e questo bilancio, se approvato in tempi brevi, permetterebbe di avere una gestione più tranquilla per quanto riguarda le risorse della Regione, anche se qualche punto interrogativo ve lo pongo, nel momento in cui questo bilancio prevede il trasferimento alle Province, perché gestiscono su delega la materia della protezione civile ed i vigili del fuoco, con le polemiche che sono nate in questi ultimi tempi e che mi sembra di dover condividere e che saranno oggetto di discussione in Consiglio provinciale, quando si tratterà nello specifico la materia.

Pertanto mi sembra, collega Denicolò, che la proposta fatta sia da prendere in seria considerazione, se anche a voi sta a cuore l'approvazione di questo bilancio ed il far procedere in modo snello i lavori di questa assemblea.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Giovanazzi. Il collega Denicolò vuole parlare sul regolamento?

DENICOLO': Einmal mehr lerne ich mich an die Spielregeln der Opposition anzupassen, also rede auch ich jetzt zur Geschäftsordnung. Ich möchte hier schon noch einmal wiederholen: wenn unser Landeshauptmann Durnwalder erklärt, das Gemeindeordnungsgesetz wird sofort behandelt, bearbeitet und verabschiedet - wir haben nichts dagegen, wir haben bisher alles getan – dann sagt er immer auch den zweiten Satz dazu: sobald die Delegierungen vom Tisch sind. Machen wir uns keine Illusionen. Man kann nicht den ersten Satz nennen und den zweiten verschweigen. Ich sage es noch einmal: seit 1948 gibt

es ein ganz bestimmtes, politisches Konzept in der Verwaltung und in der Weiterentwicklung der „tripolaren“ Autonomie, wie Sie immer schön sagen, von einer Autonomie, die auf drei Säulen steht: die Säule der Länder, bzw. das Land Trentino und das Land Südtirol, und die Säule Region Trentino-Südtirol. Es steht auch dahinter, was die Verfassung und auch unser Autonomiestatut sagt, dass in der Regel Verwaltungsaufgaben an die Länder übertragen werden, wenn es um die Durchführung von Regionalgesetzen geht. Diese Tatsache, war in den letzten Koalitionsprogrammen der letzten vier Legislaturen ständig drinnen. Es ist nie gelungen, dieses Konzept der Autonomie im Regionalrat über die Bühne zu bringen. Jetzt kommt man noch einmal daher und sagt, zuerst alles andere, dann können wir auch über die Delegierungen reden. Sie haben die totale Obstruktion auf die Delegierungen nie zurückgenommen und bevor das nicht zurückgenommen wird, wird es von der SVP her schwerlich eine Abänderung ihrer Einstellung geben.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Denicolò. Il collega Lo Sciuto vuole parlare sul regolamento?

LO SCIUTO: Per fatto personale.

PRESIDENTE: Mi deve dire in cosa consiste il fatto personale, altrimenti deve intervenire sul regolamento.

LO SCIUTO: Il fatto personale consiste nelle ultime parole pronunciate dal cons. Denicolò che ha travisato, spero in buona fede, le parole che avevo detto prima quando sono intervenuto.

Volevo ribadire in modo più chiaro quanto ho detto prima.

Noi non abbiamo detto che si discutono prima tutte le altre leggi e poi si discute delle deleghe, noi abbiamo detto che per le motivazioni che sono state ampiamente addotte e che non vale la pena di ripetere, se non il fatto che le deleghe comunque andranno in vigore nel 2004 ed il disegno di legge n. 15 è più urgente, noi abbiamo detto che si approva il bilancio, a gennaio si approva il disegno di legge n. 15 e poi si procede con le altre leggi, secondo l'ordine che già abbiamo, cioè le deleghe e tutto il resto che verrà successivamente.

Ho aggiunto, signor Presidente, anche perché venga ricordato, che l'accogliere la nostra proposta significa determinare una svolta nei rapporti tra opposizione e maggioranza per tutto l'arco della legislatura, almeno per la parte finale.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Lo Sciuto. Il collega Denicolò intende rispondere al fatto personale immagino?

DENICOLO': In persönlicher Angelegenheit, denn wenn ich richtig verstanden habe, wirft mir Kollege Lo Sciuto vor, dass ich schwerhörig bin oder nicht ganz richtig verstanden habe. Ich bin weder schwerhörig, noch habe ich Schwierigkeiten, Kolleginnen und Kollegen, ihrer Muttersprache zu verstehen. Umgekehrt dürfte es wahrscheinlich anders sein. Da muss meine Muttersprache in die Muttersprache eines anderen übersetzt werden, damit ich

möglicherweise auch richtig verstanden werde. Ich kann verstehen, dass wenn man von einer Muttersprache in die andere übersetzt, durch die Übersetzung Missverständnisse entstehen könnten. Das stelle ich nicht in Frage. Aber umgekehrt möchte ich schon sagen: soviel italienisch verstehe ich, dass ich weiß, was die Kolleginnen und Kollegen in ihrer Muttersprache zu uns sagen.

PRESIDENTE: Grazie, collega Denicolò. Cons. Urzì su cosa intende parlare? Prego.

URZÌ: Signor Presidente, grazie per la parola innanzitutto. Credo che il regolamento conceda l'intervento per rendere ulteriormente chiari i termini del dibattito e gli ultimi passaggi, signor Presidente, dimostrano che esiste un problema di comprensione reciproca, esiste ed è conclamato e questo problema dovrebbe essere risolto, se non in sede tecnica, collega Denicolò, perlomeno in sede politica.

Signor Presidente, credo che debbano essere respinte le affermazioni che tornano a presentare una immagine distorta della realtà, in maniera provocatoria, per cui assistiamo ad una scena che è disarmante negli ultimi tempi, ad un partito che è di maggioranza relativa in Consiglio regionale, che è di maggioranza assoluta in Provincia di Bolzano, che si atteggia a vittima perenne di un sistema politico, di cui dovrebbe, secondo le parole che ascoltiamo, pagare le quotidiane conseguenze.

Ebbene, sappiamo che le riforme costituzionali introdotte nel nostro ordinamento, che la modifica allo statuto, di fatto la dissoluzione della Regione, attraverso quella sciagurata iniziativa legislativa di cui abbiamo parlato ieri, hanno prodotto nei fatti, ma non c'era bisogno di attendere quelle riforme, bastavano alcuni passaggi dello statuto a dimostrare conclamata quella situazione particolare, dimostrano chiaramente come di fatto oggi la Regione Trentino-Alto Adige non esista più, grazie a coloro che hanno voluto privarla di ogni funzione amministrativa e non esisterà in termini assoluti più nemmeno nelle fondamenta della Regione Trentino Alto Adige, nel momento in cui dovessero passare quelle pericolose iniziative legislative avviate dalla maggioranza e dai colleghi della SVP.

Ecco che quindi se facciamo rientrare i termini del dibattito in un contesto più ampio rispetto a quello del semplice piagnisteo che siamo costretti a subire regolarmente in questo Consiglio regionale, forse arriveremo a comprenderci.

Quindi auspico, signor Presidente, che la comprensione migliori, ma non è solo un problema linguistico. Grazie.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Urzì. La parola al cons. Magnani. Prego.

MAGNANI: Sull'ordine dei lavori. Dopo questi interventi, al fine di approfondire quanto è stato richiesto, chiedo la sospensione della seduta per una riunione della maggioranza, per poter confrontarci su questo.

PRESIDENTE: Sospendo i lavori per consentire alla maggioranza di riunirsi. La seduta riprende alla ore 15.00.

(ore 12.38)

(ore 15.03)

Präsident Pahl führt den Vorsitz
Presidente Pahl assume la Presidenza

PRÄSIDENT: Wir beginnen mit der Generaldebatte zum Gesetzesentwurf Nr. 60. Gibt es Wortmeldungen?

Präsident Andreotti, Sie haben das Wort.

ANDREOTTI: Grazie, signor Presidente. Intervengo sull'ordine dei lavori, anche perché il dibattito di questa mattina e le proposte che sono pervenute dalle opposizioni, primo portavoce il collega Mosconi, ma poi seguito a ruota da tutti gli esponenti delle opposizioni, mettono la Giunta regionale nella condizione di dover necessariamente dare una risposta al Consiglio ed alle aspettative del Consiglio.

C'è stata una riunione di maggioranza e la maggioranza non ha potuto fare altro che ribadire quelle che sono le proprie priorità programmate.

L'attuale Giunta regionale è frutto di una coalizione che si regge su equilibri politico-partitici, ma anche fra le due Province autonome di Trento e di Bolzano e si è data un programma molto chiaro e definito anche per quanto riguarda le priorità che sono, nell'ordine: legge sulle deleghe, legge sui comuni, pacchetto sociale.

Riteniamo che ci sia il tempo e lo spazio, nell'anno di legislatura che ci sta davanti, per realizzare, se c'è la volontà comune di arrivare fino in fondo, di raggiungere tutti questi tre obiettivi, cioè di approvare la legge sulle deleghe, di approvare la legge sui comuni e di riuscire ad affrontare anche, nella parte finale della legislatura, il pacchetto famiglia.

La legge sui comuni è una grossa priorità anche per la Giunta regionale, siamo decisi a dare una risposta ai sindaci ed ai comuni, però questo non può avvenire prima della approvazione delle deleghe.

Abbiamo avuto come Consiglio regionale – e dico come Consiglio comprendendo sia maggioranza che opposizione – due anni di tempo a disposizione per dibattere sulla legge sui comuni, ci siamo arenati, parlo sempre al plurale comprendendo tutti quanti, ci sono state addirittura due crisi di Giunta, una specifica su questo tema, dopo di che l'ultima Giunta regionale ha preso atto della situazione e si è presentata all'aula con un programma preciso e con delle priorità precise ed imprescindibili: deleghe, legge sui comuni, pacchetto famiglia.

Come rispondere alle esigenze delle realtà comunali? Siamo disponibilissimi ad affrontare, anche con riunioni straordinarie del Consiglio regionale, il problema legge sui comuni, però a patto che questo avvenga dopo che sono state affrontate e votate le deleghe, per rispettare le priorità che questa maggioranza si è data. Al di là di questo non possiamo fare altro.

Quindi la proposta o la controproposta che viene da parte della Giunta regionale è quella che si proceda all'approvazione del bilancio, immediatamente dopo, anche con ricorso a sedute straordinarie del Consiglio, approvazione delle deleghe e quindi approvazione della legge sui comuni. Grazie.

PRÄSIDENT: Zu Wort gemeldet hat sich Abg. Mosconi.

MOSCONI: Intervengo anch'io sull'ordine dei lavori. Ci eravamo lasciati questa mattina con l'impegno da parte della maggioranza a dare una risposta alla nostra proposta, la risposta è pervenuta dal Presidente della Giunta regionale, a livello personale ne prendo atto con rammarico ed incredulità.

Nonostante gli sforzi fatti questa mattina per assicurare sulla buona fede e sulla volontà nostra di mantenere fede in tutto e per tutto agli impegni che ci assumevamo mettendo mano ad una modifica sull'ordine dei lavori del Consiglio, la risposta che abbiamo appena ascoltato ci convince che prevalente su ogni e qualsiasi considerazione e ragionamento di concretezza e sostanza è l'opinione che qua dentro, da parte di qualcuno, ci sia il sospetto che la diffidenza e la ricerca esasperata delle distinzioni politiche di partito all'interno del Consiglio, sia un fatto che domina su tutto e che rende molto più complicato il clima dei rapporti interni al Consiglio.

Ora che mi si dica che in presenza di un accordo di legislatura, che prevede una scaletta di priorità, non si possa intervenire modificandolo e pur tenendolo tutto in piedi nel suo complesso, veramente mi lascia incredulo. Non riesco a digerire quelle forme di ipocrisia, di presunzione, di arroganza secondo le quali si va a dire, da parte della maggioranza, ai comuni presenti in grandissimo numero in questa sala: ci rendiamo conto delle vostre esigenze, le prenderemo in considerazione, faremo di tutto per venirvi incontro. Pochi minuti dopo veniva già respinta la proposta delle minoranze di modificare l'ordine dei lavori, proprio per andare incontro alle esigenze dei comuni. A distanza di mesi, eravamo al 9 luglio, ancora si manda un messaggio ai comuni: state tranquilli, faremo dare risposte, però prima di tutto devono venire le deleghe.

Ora, se vogliamo mettere sullo stesso piano la valenza istituzionale di ciò che chiedono i comuni e ciò che chiede la maggioranza per avere le deleghe, penso che qualsiasi cittadino della nostra Regione sia in grado di giudicare. Oltretutto, in capo alle due Province, se vogliamo fare una valutazione ancora una volta realistica, c'è il 99% delle competenze dell'attività del governo, distinto fra Provincia di Bolzano e Provincia di Trento. Sarebbe come se uno acquista un'automobile, esce dal garage e si accorge che nella macchina non c'è il posacenere e fa una rivoluzione perché non sono stati rispettati i patti. Sto un po' banalizzando eccessivamente, ma è per farmi capire, il concetto è questo.

Se voi continuate a dire che sono più importanti le deleghe, che avranno comunque efficacia dal 2004 continuo a dire, di ciò che chiedono i comuni, abbiate almeno il coraggio all'esterno di dire a gran voce a tutti quanti che dei comuni non vi importa, perché possono aspettare. Al di là di questo altro non so dire. Grazie.

PRÄSIDENT: La parola al cons. Seppi. Ne ha facoltà.

SEPPI: Con molta intelligenza ed avvedutezza politica stamattina il collega Levegghi ha preso la parola e scandendo perfino i termini temporali per il passaggio istituzionale della legge sui comuni, perché il collega Levegghi ha azzardato addirittura gennaio e febbraio si chiuda la legge sui comuni. Ebbene, all'intervento del cons. Levegghi non è accaduto che nessuno dell'opposizione, mai compatta come in questo momento, abbia preso la parola per smentirlo, non nei termini del discorso, ma addirittura nelle condizioni temporali da egli poste.

Presidente della Giunta, ritengo che lei si sta assumendo una grave responsabilità politica, dimostrandosi assolutamente servile ai voleri di un partito politico che è in Giunta assieme a lei, sarà la responsabilità politica di non aver permesso alla legge sui comuni di arrivare in dirittura d'arrivo.

La nostra era una proposta seria e concreta, la nostra rimane seria e concreta, se ci fossero dei ripensamenti sicuramente è colpa vostra e domani mi rivolgo ai colleghi ed alla Presidenza di questo Consiglio regionale per chiedere la convocazione, finiti questi interventi, di una veloce riunione delle minoranze, per ridiscutere un attimo quelle che sono state le decisioni della maggioranza.

Dopo di che solleciterò una conferenza stampa immediata da parte di tutti i partiti dell'opposizione, una conferenza stampa dalla quale emerga chiaramente quella che è la nostra proposta, quella che era la volontà politica, espressa dalle minoranze di arrivare addirittura all'approvazione della legge sui comuni in termini temporali ben precisi, se non era febbraio sarebbe stato marzo, ma comunque entro quella data, dopo di che, a questo punto, la responsabilità politica di non essere arrivati a costruire la legge sui comuni è solamente vostra, noi vi buttiamo la palla.

Come voi ben sapete, anche le formazioni di opposizione, benché in questo momento siano perfettamente d'accordo, non hanno comunque le stesse caratteristiche, io sono più sanguigno del collega Mosconi, che in questo caso è stato giustamente pesante.

Io dico che avete perso una buona occasione per portare a casa la legge sui comuni, perché a questo punto si corre il rischio di non portare nulla a casa. E che qualcuno non venga a parlarci, caro Denicolò, del rischio di elezioni anticipate, perché sia chiaro che anche di questo non ce ne può interessare di meno, voi portate questa maggioranza verso l'assoluta certezza di non avere portato a casa una legge.

Mi auguro che le minoranze abbiano la volontà di fare una conferenza stampa ancora questa sera, per far sapere ai sindaci del Trentino che la volontà di concludere la legge sui comuni era nei termini temporali espressi dal cons. Levegghi, forse un mese in più, ma sicuramente questa è la nostra volontà politica. Voi la rifiutate e di conseguenza rifiutandola vi assumete in pieno la responsabilità del vostro operato, sappiate che a questo punto la colpa è esclusivamente vostra, del vostro assurdo servilismo nei confronti della SVP. Grazie.

PRÄSIDENT: Cons. Urzì, ne ha facoltà.

URZÍ: Signor Presidente, ci aspettavamo dopo la sospensione dei lavori richiesta dalla maggioranza, dopo la lunga pausa che evidentemente pensavamo fosse stata richiesta per portare qualche spiraglio di luce in questa vicenda, che al contrario non può essere definita sicuramente incoraggiante, dopo la lunga pausa di pranzo e dopo gli incontri che ritengo si siano svolti, non ne ho la conferma, ma ho la presunzione di poterlo affermare, abbiamo avuto dal Presidente Andreotti la conferma dell'indisponibilità sostanziale da parte della maggioranza di avviare un reale confronto politico in quest'aula ed al di fuori di essa per sciogliere i nodi che attendono l'istituzione regionale in questo momento. Non sono le deleghe, anche se alle deleghe riconosciamo un valore politico, perché le deleghe sono inserite in un programma politico della maggioranza, questo lo riconosciamo, non vogliamo commentare in questo momento la libertà che alle singole forze politiche spetta di determinare quella che è una loro azione politica, quello che è un loro programma politico, ma come ha ricordato il collega Mosconi si tratta di un dettaglio tanto insignificante nel castello dell'autonomia che lascia interdetti tutti coloro che sono osservatori di questo spettacolo volgare.

Signor Presidente, lo spettacolo volgare non è stato messo in scena dalle opposizioni è quotidianamente messo in scena dalla maggioranza e ne avremo la riprova fra qualche istante, quando prenderà la parola il collega Denicolò e tornerà ad addossare ad una parte politica di questo Consiglio una responsabilità che non ha.

Signor Presidente, per concludere, rimango allibito per la manipolazione della verità che è stata fatta in quest'aula, per l'uso distorto che è stato fatto dei fatti e anche per la propaganda che si fa in continuazione, all'interno di questo Consiglio e anche all'esterno.

Non concordo con la proposta del collega Seppi, lo dico amichevolmente, di convocare immediatamente la stampa, credo che si debba essere molto più chiari ed efficaci, consegnando nelle mani dei sindaci di tutta la regione i verbali dei lavori di questo Consiglio, che siano i verbali a parlare, signor Presidente. Questo è un compito che noi assolveremo, invieremo a tutti i sindaci della regione Trentino-Alto Adige i verbali delle sedute in cui si è parlato del futuro delle amministrazioni comunali, dell'interesse delle istituzioni comunali e saranno i verbali a parlare.

Basta con la manipolazione della verità, basta con la manipolazione dei fatti, basta con queste sconcertie che non hanno la dignità di entrare in una sede istituzionale, tanto elevata ed importante come quella del Consiglio regionale.

Signor Presidente, noi ribadiamo la nostra posizione, che è la posizione che abbiamo affermato questa mattina, Alleanza Nazionale si assume una chiara responsabilità in questa sede, in Consiglio regionale, sulla legge finanziaria svolgerà il compito che le spetta, farà opposizione rispetto a questi due documenti laddove riterrà di doverlo fare, proporrà le proprie iniziative, le proprie proposte, attendiamo comunque al varco la maggioranza nelle sessioni dedicate al lavoro ordinario, ai restanti punti all'ordine del giorno.

Certamente una cosa dovrà dire, non ci sarà alcun passo indietro, nemmeno di un centimetro di Alleanza Nazionale sulla vitale questione delle

deleghe, perché il contrasto alla legge sulle deleghe significa la manifestazione più chiara, palese, evidente dell'affetto che Alleanza nazionale mostra nei confronti della Regione, al contrario del volgare attacco che la maggioranza regionale in questo momento sta sferzando nei confronti della Regione.

Queste cose dovranno passare agli atti, questo sarà il nostro compito, signor Presidente.

PRÄSIDENT: Abg. Denicolò hat das Wort.

DENICOLO': Zum Fortgang der Arbeiten. Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wenn Scheinheiligkeit, wenn Verdrehung von Tatsachen, wenn Geschichtsfälschung und wenn Manipulation der öffentlichen Meinung irgendwo in diesem Regionalrat eine identifizierbare Heimstatt hat, dann ist sie dort, wo die entsprechenden Wortmeldungen jetzt hergekommen sind. Dies zum ersten.

Zweitens: wenn die Delegierungen wirklich so etwas Nebensächliches wären, so etwas am Rande, dann erklären Sie mir doch, wie Sie dazu kommen, gerade dieses Delegierungsgesetz und die damit verbundenen Aufträge, die verfassungsmäßig und vom Autonomiestatut vorgesehen sind, seit 50 Jahren systematisch zu blockieren. Erklären Sie mir das! Wieso das so nebensächlich, so kleinlich, so dumm sein soll! Und das verbinden Sie noch mit einem Vorwurf an die Mehrheit, die diese Verantwortung wahrzunehmen hat. Wir würden die Gemeinden nicht ernst nehmen, wir würden die Bevölkerung im Trentino und in Südtirol nicht ernst nehmen in Zusammenhang mit den Vorsorgeaufgaben der Region, in Zusammenhang mit all den wichtigen Aufgaben, die noch bei der Region verblieben sind. Es geht hier nicht um den Abbau der Region im Sinne von Zuständigkeiten, sondern es geht um eine ganz einfache Einlösung einer Vorgabe, die lautet, dass normalerweise Verwaltungsmaßnahmen in Zusammenhang mit normalen Gesetzen an die beiden Länder abzugeben sind – und dies seit 1948. Wenn das alles so nebensächlich ist, dann die Frage: Warum hat die Opposition den Gesetzentwurf zur Gemeindeordnung lahm gelegt? Haben Sie das Jahr 2000 vergessen? Das ganze Jahr wurde in jeder Sitzung systematisch Obstruktion betrieben. Dann kommen die Delegierungen und es wird systematisch Obstruktion betrieben. Dann kommt der Haushalt zum Jahre 2002 und Sie zwingen die Mehrheit zur provisorische Haushaltsgebarung. Und jetzt sind wir dabei, einen nächsten Haushalt zu verabschieden und jetzt benutzen Sie den Haushalt für das Jahr 2003, um die Delegierungen zu verhindern und Sie nehmen es auf sich, die gesamte Verantwortung zu übernehmen und versuchen dazu noch scheinheilig und im Brustton der Überzeugung, das Ganze auf die Mehrheit hinüberzuspielen! Nein, so nicht, meine Herren aus der Opposition! Hier zeigen Sie ganz klar, wo Sie stehen und ich glaube, das zu entlarven, soll unsere Aufgabe sein gerade in Zusammenhang mit einer Haushaltsgebarung, die eigentlich jenseits von Streitereien hier innerhalb der Fraktionen im Regionalrat sein sollte. Der Haushalt ist ein Instrument zum Wohle der gesamten regionalen Bevölkerung und das sagen Sie ja auch. Also bitte tun Sie das Ihre!

PRÄSIDENT: Danke! La parola al cons. Giovanazzi. Ne ha facoltà.

GIOVANAZZI: Grazie Presidente. Penso di non essere oggetto delle accuse rivolte dal capogruppo Denicolò, in quanto si è rivolto a coloro che erano intervenuti prima di lui.

Parto dalle dichiarazioni del Presidente Andreotti che ha detto, a nome della maggioranza, che non c'è la disponibilità ad assumersi l'impegno che dopo la legge di bilancio verrà trattato il disegno di legge sui comuni.

Si è parlato di ipocrisia e di ipocriti, gli ipocriti sono quelli che sono intervenuti prima del cons. Denicolò e possono intervenire per fatto personale, ipocrisia è troppo generalizzato e perciò non posso intervenire per fatto personale, interverranno i colleghi ai quali è stata indirizzata questa definizione.

Ipcriti nel caso specifico siete stati voi e lo siete stati anche nel momento che il Presidente Durnwalder, in sostituzione di Magnago, perché sappiamo che lo stato di salute di Magnago non è quello di una volta e non può più girare il Trentino e lo sta facendo Durnwalder, quando il Presidente Durnwalder ha detto a San Zeno: è ora che approviamo in fretta la legge sui comuni e lo ha detto davanti ad una platea affollata.

Sarebbe stato giusto e corretto che lei Presidente Andreotti o il Presidente Panizza, fosse intervenuto per dire: no da parte della maggioranza non c'è questa volontà, da parte della maggioranza c'è la volontà di andare avanti con le deleghe ed eventualmente poi affrontare il discorso sui comuni.

Il cons. Seppi ha detto prima che perdete l'occasione per avere in fretta l'approvazione della legge sui comuni, ma perdete anche l'occasione per avere l'approvazione del bilancio. Io non mi sento di accollarmi le responsabilità di qualcun altro perché ha fatto la storia di 40 anni, ma voi quando avete proposto questo disegno di legge sulle deleghe, perché non avete fatto un disegno di legge completo, dove andavate ad assegnare alla Regione un ruolo per farla continuare a vivere?

Praticamente con questo disegno di legge emerge una volontà chiara di sopprimere l'ente Regione, perché se aveste avuto l'onestà di presentare quel disegno di legge e dire: dopo questo non vogliamo più la Regione, allora forse si poteva affrontare in termini diversi. Invece l'ipocrisia è manifesta all'interno della maggioranza, proprio perché si dice di volere che la Regione continui a vivere, però la si spoglia di tutte le competenze.

Se ci fosse stato un disegno di legge organico, dove si prevedeva magari il trasferimento di queste competenze alle Province ed anche il nuovo ruolo che doveva andare a svolgere la Regione, forse il dialogo ed il confronto si poteva svolgere in un clima diverso. Questo non c'è stato, non per mancanza di capacità di proporre qualcosa, ma perché non si vuole fare.

Noi siamo dell'avviso che continuare questo braccio di ferro non sia creare difficoltà nella conduzione dei lavori, ma credo sia un braccio di ferro che alla fine potrebbe portare un risultato positivo a tutela degli interessi delle comunità che noi comunque rappresentiamo.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist Abg. Seppi. Er hat das Wort.

SEPPI: Se la traduzione è stata esatta e non ho alcun motivo di credere il contrario, coloro che hanno parlato prima del collega Denicolò e dell'opposizione sono stati accusati di mistificatori della storia e di ipocrisia.

Allora se mi si dà del mistificatore della storia, da parte di gruppi di persone che hanno cancellato i loro ricordi, quando sono figli e nipoti di coloro che hanno rinnegato nel 1945, a me viene da ridere, perché qui i mistificatori della storia sono tutti nelle file della maggioranza, sia essa tedesca, sia essa italiana e lei Presidente di questo Consiglio lo sa molto bene.

La seconda cosa è che se c'è dell'ipocrisia qua dentro è quella della maggioranza rappresentata dalla SVP, ma è ancora di più l'ipocrisia della maggioranza trentina, che non prende la parola. Se noi dobbiamo vivere in un mondo di ipocrisia di questo tipo, lo dobbiamo solamente a questa maggioranza, però questa maggioranza deve sapere che noi siamo disposti a chiudere la legge sui comuni e lo facciamo subito e chiudiamo perfino il bilancio nel tempo stabilito per questo ciclo di sedute del Consiglio regionale.

Di conseguenza, non accetto accuse di ipocrisia, non le accetto nemmeno dal collega Denicolò, perché è persona di onestà intellettuale e sa benissimo che l'ipocrisia è una parola grossa, che si adegua molto di più ai suoi alleati ed a qualcun altro e non sicuramente al sottoscritto o qualcuno della minoranza.

Cons. Denicolò, se hai da dire qualcosa prendi la parola!

Dopo di che c'è un altro problema, quando tu dici mistificatore della storia, attenzione, perché io ringrazio qui personalmente, idealmente ed umanamente tutti coloro che dal 1948 ad oggi sono riusciti a fermare le deleghe, li ringrazio e penso che a questo ringraziamento si potranno unire all'unisono tanti altri membri di questo Consiglio, ma la mistificazione della storia lasciamo perdere, caro collega Denicolò, perché io non sono sicuramente nipote e nemmeno figlio di coloro che hanno combattuto su certi fronti e hanno buttato certa gente nei forni crematoi! Per cui la mistificazione della storia tenetevela per voi, ne avete avuto bisogno per dimenticarvi della vostra storia e di mistificarla, per cui state molto attenti quando parlate in questo senso!

Voglio concludere questo intervento dicendo attenzione, perché la colpa di ciò che non accadrà, caro Denicolò, sarà solamente vostra e sarà della maggioranza trentina la colpa davanti ai sindaci di tutto il Trentino se la legge sui comuni non passa.

Questo deve essere chiaro, questo deve essere urlato, questo deve essere ben evidente a tutto il mondo ed ai 220 comuni del Trentino, la colpa è esclusivamente della maggioranza trentina che non si oppone, servile in una maniera aberrante a quelli che sono i voleri della SVP.

Continuo a ringraziare ed a inchinarmi idealmente davanti a tutti coloro che sono riusciti per 50 anni a bloccare le deleghe e credo ed è un atto di fede ideale che faccio, che riusciremo anche noi a bloccare, perché questo è nostro compito, non politico, morale etico e perfino religioso.

PRÄSIDENT: Zur Tagesordnung haben jetzt die meisten schon gesprochen.

...prego, cons. Mosconi.

MOSCONI: Sono costretto ad intervenire per fatto personale, riferendomi all'intervento fatto dal collega Denicolò.

Devo riconoscere però che sono stato il primo a parlare di ipocrisia, di comportamento ipocrita, ho preso la parola proprio per ribadire quanto ho detto prima, perché per quanto riguarda la mia posizione personale sulla legge sui comuni penso sia riconosciuta la linearità, non ho mai cambiato neanche di un millimetro la posizione, da quando mi sono occupato di questa materia fino a questo momento, quindi per quanto mi riguarda la mia è una linea assolutamente lineare.

Non posso dire altrettanto, lo ribadisco, per coloro che sulle piazze, nei comizi, negli interventi pubblici non perdono occasione per dimostrare la massima attenzione, la massima considerazione nei confronti dei comuni, sapendo però che le cose andranno diversamente.

Il cons. Denicolò invocando la storia, non entro in questa valutazione, lo farò in altre occasioni, spalma la propria accusa di ipocrisia addirittura su 54 anni di storia – è una parentesi che accenno, ma nella quale non voglio entrare – però continua ad insistere che fintanto che non si passano le deleghe di funzioni alle Province, che ancora residuano in capo alla Regione, nulla si può fare, si ferma il mondo, non è possibile alcun altro tipo di attività legislativa da parte del Consiglio regionale.

Torno a dire e nessuno potrà mai sostenere che per il fatto che non vengono trasferite le deleghe non vengano comunque le competenze esercitate da qualcuno, la Regione sta esercitando le deleghe in materia di cooperazione sì o no? E sappiamo da chi si è formata la Regione. La Regione si sta occupando dei libri fondiari, del catasto urbano sì o no? E sappiamo da chi si è formata la Regione. Idem per le altre materie che sono contenute nel disegno di legge per il trasferimento delle deleghe, quindi penso che tutti siamo in grado di sostenere, ma tutti devono essere in grado di riconoscere che non si ferma il mondo se le deleghe, anziché essere trasferite nel dicembre 2002, vengono trasferite nella primavera del 2003, avendo efficacia comunque dal 2004.

Quindi se questa è la considerazione, il senso di equilibrio, il senso anche di collaborazione fra maggioranza e minoranza che ha voluto respingere l'offerta fatta questa mattina, se questa è la convinzione della maggioranza consiliare, devo fare un breve inciso, perché da quando siedo su questi banchi del Consiglio regionale, il dibattito, il confronto, a volte anche lo scontro avviene solo fra minoranze ed SVP. Manca un pezzo importante del Consiglio regionale e sui banchi del Consiglio regionale non si riesce mai a capire cosa pensa, cosa intenda fare, cosa vorrebbe fare. Nei bar magari sono pronti a dire che la legge sui comuni è importante e che è colpa delle minoranze, nei fatti non si vede nessuno.

Quindi diamo almeno onore alla verità delle cose, continuo a dire che di dovrebbe fare subito la legge sui comuni, perché è urgente e tutti la vogliono e si dovrebbe poter posporre quella sulle deleghe, perché è questione di poco tempo. Non si vuole fare, vuol dire che qui prevalgono questioni di principio, rispetto alla sostanza delle cose che tutti falsamente vorrebbero privilegiare rispetto alle cosiddette convenienze politiche, come parlavo questa mattina.

PRÄSIDENT: Ich muss darauf hinweisen, wenn man zu einem „fatto personale“ spricht, dann muss es ein „fatto personale“ sein und nicht wieder „ordine dei lavori“ und dergleichen, denn sonst kann ich nicht die Gleichen zwei Mal sprechen lassen.

Cons. Valduga, di che cosa si tratta? Prego, ne ha facoltà.

VALDUGA: Il Presidente Andreotti è venuto a comunicare all'aula e credo che sulle comunicazioni del Presidente Andreotti sia possibile aprire un dibattito, perché non sono comunicazioni di terza mano, è pur sempre Presidente di una Giunta regionale, ebbene il Presidente Andreotti viene e ci dice che nulla muta rispetto al passato. Ne prendo atto con amarezza per tre, quattro ordini di motivi.

Il primo. Che sia proprio il Presidente Andreotti che si presta ad essere il cavallo di Troia per distruggere la Regione e che si presta a non fare il buon padre di famiglia, portando in porto la legge sui comuni, mi dispiace per un rapporto personale, perché con lui ho lavorato al governo della Provincia di Trento ed in alcuni casi abbiamo anche lavorato bene, probabilmente la storia ci dirà che abbiamo lavorato meglio di quanto non lavori il super Presidente Dellai e mi dispiace vederlo qua prigioniero, vederlo Presidente di una Giunta regionale, dove deve ubbidire agli ordini, ai diktat della SVP. Proprio lui che proviene da un partito, il partito autonomista, che ha sempre difeso la capacità delle proprie popolazioni di autogestirsi e che adesso, in nome di un diktat della SVP non dà alle proprie popolazioni, quelle che ha governato come Presidente del Trentino, la possibilità di governare bene i propri comuni. E' una responsabilità, caro Carlo, che ti prendi di una gravità assoluta.

Il terzo motivo per cui parlo con amarezza è che tu sei prigioniero della SVP ed in tutti questi mesi non sei stato capace di mettere lì cinque righe di progetto alternativo, rispetto alla Regione che vuoi distruggere ed in ordine alla Regione che vuoi costruire, sul quale straccio di progetto chiamarci responsabilmente a dibattere.

Questo lo dico con molta amarezza e con senso di amicizia, perché gli amici veri si vedono anche quando sanno criticare con parole di fuoco e credimi, in questo momento ti riservo non so se la compassione o il disprezzo, perché da questo punto di vista stai giocando la tua credibilità e stai tradendo il Trentino, oltre che la Regione.

Dato che sto parlando sulle comunicazioni, sono fortemente amareggiato con le forze politiche trentine che sono dentro questa maggioranza. Allora dove sono i DS, dov'è la Margherita e dov'è il partito autonomista e dove sono le Genziane? Si alzino e dicano che sono d'accordo, che sono anche loro pronti a sacrificare sotto il diktat della SVP gli interessi del Trentino e questo lo diremo in campagna elettorale e vogliamo vedere che cosa ne pensa la gente, perché qualcuno avrà ancora credibilità da questo punto di vista.

Se voi volete si fa presto a fare una maggioranza alternativa che mette in un cantone la SVP e che si assume la propria responsabilità fino in fondo ed in maniera evidente a tutto il mondo e le deleghe le possiamo trattare immediatamente dopo aver fatto la legge sui comuni e siamo anche capaci, con una maggioranza relativa, di mettere qua un progetto di nuova Regione su cui

chiamare a dibattere le forze politiche, economiche e culturali della Regione Trentino-Alto Adige.

Questo si tratta governare, caro Andreotti, altrimenti sei un burattino ed insieme con te sono traditori gli altri partiti del Trentino.

PRÄSIDENT: Ich muss klarstellen, dass die Begriffe „burattino“ und dergleichen nicht das für eine normale politische Diskussion notwendige Niveau haben, deshalb betrachte ich sie als nicht gehört und sie werden ins Protokoll nicht aufgenommen. Es werden hier Dinge gesagt, die Bestandteil der Generaldebatte sind und das sind politische Erklärungen. Das hier ist nicht zum Fortgang der Arbeiten oder zur Tagesordnung. Deshalb bitte ich, dies auseinander zu halten, ansonsten muss Ihnen ich das Wort entziehen.

Das Wort hat Abg. Cominotti.

COMINOTTI: Grazie Presidente. Mi rendo perfettamente conto che nell'intervento di chi mi ha preceduto o di chi mi precederà potrà comunque cambiare una decisione presa, ha ragione il collega Valduga, questo è un dibattito che si svolge tra la minoranza trentina e la SVP, tutti gli altri sono estranei, come se le cose non fossero successe o non dovessero succedere.

E' preoccupante soprattutto se noi le analizziamo in un termine più ampio e più generale e qua vorrei prendere le parole del collega Denicolò, quando accusa l'intera minoranza sul fatto di aver bloccato il disegno di legge n. 15 sui comuni. Posso dire personalmente, come gruppo e come appartenente a questa minoranza trentina, di non avere mai usato l'ostruzionismo su quel disegno di legge. Evidentemente c'erano delle cose che non si divideva e sulle quali abbiamo detto la nostra.

Ha ragione il Presidente Andreotti quando afferma testualmente che sul disegno di legge n. 15 ci siamo arenati, quindi parlava in termini generali, ma soprattutto ha detto che sul disegno di legge n. 15 ci sono state due crisi di Giunta. E' evidente che per quanto riguarda le crisi di Giunta penso sia un problema di Giunta e quindi non accordo e quindi il contrasto sul disegno di legge n. 15 e quello che ha portato alla paralisi su quel disegno di legge non sono state le minoranze, ma sono stati i problemi e le difformità di vedute nell'ambito della maggioranza stessa. Questo bisogna dirlo forte.

Mi sono un po' illuso quando ho sentito il collega Leveghi che ha perorato la stessa nostra causa, pensavo ci fosse una presa di posizione, un salto di orgoglio da parte dei colleghi trentini, in modo da poter dare, cambiando di poco, perché se il cons. Denicolò dice che dopo le deleghe sicuramente si farà la legge sui comuni ed il pacchetto sociale, penso che invertire ed anticipare la legge sui comuni, perché la necessità primaria spettava ai comuni per ordine temporale di applicazione della legge, penso non sarebbe stato chiedere la luna, è un fatto normale che qualsiasi persona, al di fuori di quest'aula, può capire.

Dopo l'intervento del cons. Leveghi mi sembrava ci fosse la possibilità di trovare un accordo, a questo non si è arrivati proprio per la cocciutaggine di parte di un accordo di maggioranza.

Questo fa pensare, Presidente Andreotti lei ha iniziato poco più di un anno fa come Presidente di questa Giunta ed in un anno avete fatto bilancio,

assestamento di bilancio e non avete finito una legge, praticamente siamo stati arenati più di un anno sul disegno di legge relativo alle deleghe. Abbiamo un anno davanti e se andiamo avanti con la stessa determinazione, sia da una parte che dall'altra, arriveremo a fine legislatura non avendo finito nemmeno un disegno di legge.

La proposta fatta per iniziativa delle minoranze ed illustrata dal collega Mosconi era una proposta intelligente, concreta e pratica per arrivare a risolvere, in questo anno che ci separa dalla fine di legislatura, le problematiche sul tappeto, potendo arrivare a portare a termine tre disegni di legge importanti, soprattutto quello dei sindaci ed il pacchetto famiglia. Grazie.

PRÄSIDENT: Abg. Dalmaso, Sie haben das Wort.

DALMASO: Grazie, signor Presidente. Il suo invito era quello di restare con gli interventi sull'ordine dei lavori, io non so esattamente quale sia il confine preciso, però sulla base di quanto è stato espresso fin qui vorrei fare alcune valutazioni che riguardano la scelta che è stata fatta dalla maggioranza, di procedere con il bilancio e poi con l'ordine del giorno come era stato predisposto.

Anche per me è triste pensare che si sta andando verso una fase ancora difficile del Consiglio stante le premesse, però mi sento di dover dire alcune cose, perché credo che se il disagio c'è da parte mia c'è anche da parte di tutti per come stanno andando le cose nel dibattito in aula.

Ritengo che nell'iter che si è svolto fin qui, non solo per quello che riguarda la legge sui comuni, ma anche per quello che riguarda tutto il percorso, non si possa parlare di torti o ragioni solo da una parte o solo dall'altra. Credo ci siano delle responsabilità, in positivo o in negativo, da entrambe le parti. Posso riconoscere quelle che ci sono state da parte della maggioranza di cui faccio parte, ma mi pare di averne colte anche da parte delle minoranze, che vorrei ostinarmi a non chiamare opposizioni, nella speranza che i termini possano avere un qualche peso, ma credo che di responsabilità ne abbiamo tutti. E' certo che le responsabilità che può avere chi governa pesano di più, ma è anche vero che a volte mi chiedo cosa significhi fare parte della maggioranza o della minoranza, quando la maggioranza non può portare avanti se non ciò che è graziosamente concesso da parte delle minoranze che, diversamente, se non vedono bene la proposta che viene messa in campo, bloccano l'iter perché le cose non vadano avanti.

Allora dico che alla legge sui comuni teniamo tutti quanti siamo qui in aula ed allora vorrei respingere al mittente le accuse di chi dice che sarà colpa nostra se questa legge non andrà in porto, perché se è vero che noi, anche come forze della maggioranza trentina, che abbiamo sotto un patto di coalizione, che a questo patto di coalizione vogliamo essere fedeli, se noi desideriamo che venga portato avanti il disegno di legge sulle deleghe, nel nostro programma c'è anche il disegno di legge sui comuni. Allora non credo sia corretto dire che c'è la disponibilità da parte delle minoranze a portare avanti il disegno di legge sui comuni, però le minoranze subordinano questa disponibilità che non vada avanti la legge sulle deleghe e viceversa dire che la

maggioranza non vuole la legge sui comuni, perché vuole far passare le deleghe.

Credo che qui siano delle accuse reciproche che non sono corrette, penso che a questo punto se di accordi, se di disponibilità al dialogo bisogna parlare, andrà cercata su altri piani. A me pare che pretendere di passare come coloro che hanno a cuore la situazione dei comuni, proponendo un ricatto per cui o la fate adesso oppure il bilancio non va e non riuscirete a portare avanti nulla, a me francamente non pare che sia la traduzione concreta di una reale disponibilità.

Vorrei che si cercasse, perché anch'io guardo con apprensione alle prossime giornate ed alle prossime sessioni, però non accetto neanche che le decisioni ed il venirsi incontro sia sottoposto a ricatti, né da una parte, né dall'altra.

Veramente vorrei che nel prosieguo ci sia lo spazio per calmare un po' gli animi e per provare a capire che cosa sta succedendo, superando: è colpa tua, è colpa mia, è colpa nostra, è colpa degli altri, perché in questo ritengo che non ci sia né la ricerca della verità, né il desiderio di fare il bene dei cittadini che guardano a noi. Grazie.

PRÄSIDENT: Presidente Andreotti per fatto personale.

ANDREOTTI: Per fatto personale, sulle dichiarazioni del cons. Valduga, che mi ha definito un burattino politico nelle mani della SVP.

A questo punto credo che vadano fatte alcune considerazioni, richiamando tutti ad un forte senso di responsabilità e anche forse ad abbassare un attimino i toni. Credo proprio che il Presidente della Giunta regionale, che vuol dire essere Presidente della comunità regionale, qualcuno addirittura nega l'esistenza di una comunità regionale, debba farsi carico delle esigenze dei trentini, così come delle esigenze degli altoatesini sudtirolesi. Allora cerco di capire le esigenze dei trentini, soprattutto dei trentini in questa particolare circostanza, che sono quelle di avere la legge sui comuni, maggiormente avvertita dai sindaci dei comuni trentini che non forse da quelli sudtirolesi.

Devo capire anche le esigenze delle popolazioni altoatesine sudtirolesi, che attraverso le loro rappresentanze democraticamente elette e quindi attraverso il partito di maggioranza assoluta della Provincia autonoma di Bolzano, da 50 anni stanno chiedendo le deleghe e da 50 anni per motivazioni varie non le hanno ottenute.

Non voglio assolutamente drammatizzare, anzi cerco di sdrammatizzare, però guardandomi in giro sono fortissimamente preoccupato per la convivenza regionale, perché vedo che la convivenza fra i vari gruppi etnico linguistici che contraddistinguono questa nostra terra diventa sempre più difficile e conflittuale ed i segnali di allarme si moltiplicano. Non voglio drammatizzare, ma siamo in una situazione che può essere paragonata a quella che ha portato al "los von Trient" del 1957.

Accentuiamo il conflitto, accentuiamo la divaricazione, separiamo sempre di più l'incomprensione fra la componente di lingua italiana e la

componente di lingua tedesca della nostra comunità regionale e creeremo le premesse per arrivare a qualche cosa di simile. Primo punto.

Secondo punto. Devo oppormi al fatto che le deleghe vadano avanti, bene, l'unica maniera che ho di oppormi al fatto che le deleghe vadano avanti e proseguano è quella delle dimissioni, provocare una crisi di Giunta regionale, è l'unica maniera che ho per oppormi al passaggio delle deleghe. C'è veramente qualcuno convinto che una crisi di Giunta regionale, in questo momento, andrebbe a vantaggio della comunità regionale, andrebbe a vantaggio della reciproca, comune convivenza, della pacifica convivenza o non porterebbe allo sfacelo regionale, non porterebbe al dissolvimento della nostra autonomia regionale, questo sì vorrebbe dire la fine della Regione e la fine di ogni possibilità di dialogo fra la comunità italiana e la comunità di lingua tedesca?

Abbiamo preso degli impegni e questi impegni nella scorsa legislatura erano stati presi sulle deleghe anche da chi mi critica così ferocemente, perché tutte le maggioranze trentine, nella scorsa legislatura, avevano sottoscritto impegni di Giunta regionale sulle deleghe, questo va detto e va ricordato, tutti coloro che hanno fatto parte delle tre Giunte provinciali trentine, nella scorsa legislatura, hanno sottoscritto l'accordo di maggioranza regionale, che prevedeva il passaggio delle deleghe. Questo va ricordato chiaramente.

Quindi non è qualche cosa che avviene oggi il problema delle deleghe, ma è un problema storico della nostra autonomia. Allora non nascondiamoci dietro un dito ed affrontiamo i problemi con decisione e se vogliamo la pacifica convivenza e creare una comunità che convive pacificamente in maniera costruttiva, cerchiamo di togliere di mezzo i macigni grandi sulla strada della pacifica convivenza e della costruzione di un futuro europeo dentro una comune regione europea, pacificamente convivente su queste terre, che noi orgogliosamente difendiamo e diciamo che sono un esempio storico per l'intero mondo, per l'intero pianeta, non soltanto per l'Europa o per la nostra realtà nazionale.

PRÄSIDENT: Danke! Cons. Valduga, di che cosa si tratta?

VALDUGA: Per fatto personale, perché il Presidente Andreotti, rivolgendosi al sottoscritto e all'intervento fatto dal sottoscritto, ha detto: che si comportasse come io desidero che si comporti, cioè difendendo gli interessi della comunità regionale, ivi compreso anche il Trentino, andrebbe verso lo sfascio della comunità regionale, perché bisogna tener conto – ha detto il Presidente Andreotti – degli interessi compositi di tutti gli abitanti della regione Trentino-Alto Adige.

Sono d'accordo su questa affermazione, ma non ritengo, caro Presidente, che ci debba essere un monologo e se dobbiamo difendere tutti ci deve essere un dialogo. Io sto assistendo ad un monologo, dove la SVP impone la propria posizione e tu ubbidisci. Punto e basta.

Secondo aspetto, caro Presidente, ti faccio una proposta e forse ne veniamo fuori finalmente, perché tra uomini possiamo trovare le strade per uscire...

PRÄSIDENT: Questo fa parte del dibattito generale, cons. Valduga non costituisce più il fatto personale! Cons. Valduga non do più la parola e basta!

VALDUGA: ...vieni in aula tra due giorni con una linea di nuova Regione e su quella linea saremo capaci di votare le deleghe ed andare avanti, ma vediamo se sei capace di portare un progetto nel giro di poco tempo e questa è la sfida, perché sei stato lì per mesi e non hai fatto niente.

PRÄSIDENT: Cons. Morandini, ne ha facoltà.

MORANDINI: Sul regolamento, signor Presidente.

PRÄSIDENT: Lei ha già parlato?

MORANDINI: Non ho parlato, signor Presidente.

PRÄSIDENT: Va bene, parli.

MORANDINI: La ringrazio. Occupo pochissimi minuti, perché quello che hanno dichiarato poco fa la collega Dalmaso ed il Presidente Andreotti, pur nella buona fede delle loro affermazioni, non può passare sotto silenzio. Non penso, collega Dalmaso, che le minoranze abbiano oggi posto un ricatto, le minoranze hanno detto, facendo una proposta costruttiva, che ritengono urgente il disegno di legge sulle autonomie locali, n. 15, quindi già il numero dice come è datato e che dentro quest'ottica propongono un atteggiamento profondamente costruttivo, licenziando in tempi assolutamente congrui il bilancio di previsione della Giunta regionale e quindi discutendo in gennaio la legge n. 15. Rimane tutto il resto per le deleghe ed il pacchetto sociale, penso che se questo è ricatto, allora qui ci siamo ricattati per cinque anni.

Non voglio fare il processo alle intenzioni, però lei ha usato la parola ricatto che è un po' pesante. Questa sinceramente non la condivido, perché sono testimone di quanto è emerso stamani nella non facile riunione delle minoranze e le posso assicurare che tutto è emerso fuorché ricatto.

Al Presidente della Giunta Andreotti chiedo solamente un minuto di attenzione, perché la lezione della storia ce l'abbiamo tutti davanti, non mi riferisco adesso a quanto detto dal cons. Denicolò, che richiederebbe ore di risposta, penso che la storia la abbiamo tutti sott'occhio, quindi non spreco una parola su questo. Già qualche collega è intervenuto con qualche pennellata, ma io penso che la storia dia ragione a destituire di fondamento alcuni dei passaggi storici che ha fatto prima il capogruppo Denicolò.

Dico al Presidente Andreotti che questi ultimi 30 anni di storia, dal secondo statuto di autonomia 1972 a oggi, grazie alle competenze ordinamentali della Regione, che è stata cerniera fra le due Province, con tutto quello che ha comportato, nell'esercizio delle sue competenze ordinamentali hanno garantito la pacifica convivenza fra gruppi linguistici diversi.

Allora oggi, alla luce della lezione della storia, che lei ci venga a dire che se non passa il disegno di legge sulle deleghe si rischiano forti attriti sociali, culturali fra gruppi linguistici, eccetera, evidentemente può essere una sua

opinione, ma fino ad oggi da questi ultimi 30 anni di storia è assolutamente contestata.

Quindi, da questo punto di vista, invece quello che questi 30 anni ha dimostrato, può darsi che da qui in avanti cambino le prospettive, ma non penso, è stato che rispetto a tutto lo scenario europeo, che va dai Paesi Baschi ai Balcani, laddove ci sono minoranze linguistiche, ci sono focolai di guerra, qui grazie alla cerniera ordinamentale regionale, a quanto certamente uomini di alta statura anche politica e morale in certi casi, hanno saputo declinare nel quotidiano i gruppi linguistici diversi, dal 1972 ad oggi hanno visto una pacifica convivenza su questa terra, in questa comunità regionale.

Allora da questo punto di vista la lezione della storia va proprio in senso totalmente opposto a quanto lei vuole disegnare.

Io la ascolto con attenzione, Presidente Andreotti, perché dopo le varie proposte che hanno fatto colleghi su ipotesi di nuova Regione, lei che ha sempre dichiarato di credere in questa nuova Regione, non viene qui ed accanto alle deleghe porta una proposta organica di nuove competenze, di funzione sue proprie alla Regione, comunque qualcosa che dia una prospettiva a questo ente, visto che in questo programma politico che il PATT ed altre forze politiche hanno sottoscritto, c'è la valorizzazione della Regione.

Venga qui ed accanto alle deleghe porti qualcosa in positivo e siamo disponibili, al limite, a votare anche le deleghe, ma vedere una prospettiva per questa Regione che a tutt'oggi non ne ha.

Davvero questo non lo posso capire, come non capisco, ma questa è un'annotazione che simpaticamente metto lì, non ci arrivo politicamente come si possa, in un quadro di assetto regionale e provinciale, essere in maggioranza in Regione ed in minoranza in Provincia.

TAVERNA: Chiedo in via preliminare se il Presidente Andreotti ha delle dichiarazioni da fare, perché ha iniziato a leggere la relazione al disegno di legge n. 61, poi ha letto il documento sulla legge finanziaria.

Un'altra questione volevo chiedere, signor Presidente. Vi è una discussione congiunta sui due disegni di legge, oppure no?

PRÄSIDENT: No, no, è discussione separata.

TAVERNA: Sono discussioni separate, benissimo. Allora, per capire, sulla legge finanziaria il Presidente non ha nulla da dire? Voglio sapere se ha qualche cosa da dire, dopo di che intervengo nel dibattito.

PRÄSIDENT: Altri interventi?

La parola al Presidente Andreotti.

ANDREOTTI: Grazie, signor Presidente. A dire la verità non capisco queste procedure che mi sembrano un attimino singolari, nel senso che tradizionalmente si interveniva illustrando la manovra di bilancio nel suo complesso e facendo un discorso generale sulle linee di indirizzo politico programmatico del bilancio regionale per l'anno successivo.

Ci troviamo adesso invece a discutere separatamente e ad illustrare separatamente con due interventi disgiunti la manovra finanziaria e la manovra di bilancio. Ricordo allora, a me stesso prima che a qualche consigliere disattento, che stiamo discutendo la manovra finanziaria per il 2003 che si sostanzia nell'articolato di un unico articolo.

E' un unico articolo che prevede degli stanziamenti a disposizione della Giunta regionale, per poter intervenire nell'acquisizione di eventuali azioni o pacchetti azionari che si rendessero disponibili per quanto riguarda l'Autostrada del Brennero S.p.A. che è in scadenza di concessione, che non sa ancora se questa concessione verrà rinnovata da parte del Governo nazionale condizionato, come è, dalle normative europee, rinnovo della concessione che consentirebbe, oltretutto, all'Autostrada del Brennero S.p.A. di portare a termine quell'ambizioso progetto, inserito addirittura nelle leggi finanziarie dello Stato del 1997 e del 1998 che prevedono la possibilità di accantonare, in un fondo esentasse, gli utili realizzati dall'Autostrada del Brennero finalizzati alla realizzazione del tunnel di base del Brennero.

Nonostante l'Autostrada del Brennero sia in scadenza di concessione e che la concessione sia estremamente problematica e che le probabilità di una gara, per ottenere il rinnovo della concessione, si facciano di giorno in giorno sempre più consistenti, assistiamo ad uno strano fenomeno, nel senso che azionisti di minoranza, rappresentati soprattutto dalla realtà del sud dell'Autostrada del Brennero, in particolare la provincia di Modena, siano tentati di mettere sul mercato la loro partecipazione azionaria. La logica di mercato vorrebbe che queste azioni fossero svalutate o deprezzate, proprio perché azioni di una società il cui futuro è incerto. Invece assistiamo ad un'autentica gara al rialzo nel cercare di accaparrarsi questo tipo di azioni. Ha iniziato la società Condotti di Roma a vendere una propria quota di pacchetto azionario, che l'Autostrada del Brennero ha acquistato ad un prezzo pari a quello che è il rapporto fra il patrimonio della società ed il numero delle azioni esistenti.

A questa offerta di azioni ne sono seguite altre, da parte del Comune di Modena e da parte della fondazione Monadori della Cassa di Risparmio di Modena, che hanno messo sul mercato le proprie azioni. Il Comune di Modena è riuscito a vendere la propria partecipazione azionaria, a trattativa diretta, alla società autostrade che ha acquistato le azioni Autobrennero addirittura al triplo del loro valore pagandole ben Euro 487,00 ad azione.

La fondazione Monadori, sempre di Modena, ha ritenuto invece di andare in gara, mettendo sul mercato le proprie azioni al miglior offerente, buste chiuse e chi si è aggiudicato le azioni se le è aggiudicate ad un prezzo addirittura fuori mercato cioè ad Euro 510,00 ad azione.

Questo fenomeno è davvero inspiegabile, proprio perché nel mentre il futuro dell'autostrada è incerto assistiamo a questa corsa al rialzo per quanto riguarda le azioni dell'Autobrennero.

E' chiaro che l'Autobrennero, per la nostra realtà regionale, ha una valenza, un'importanza ed un valore assolutamente strategico e per le politiche della mobilità e per le politiche del traffico di attraversamento e per le politiche ambientali e per la vivibilità delle popolazioni, delle comunità, dei territori attraversati e quindi la nostra realtà regionale non può non difendere la propria

partecipazione maggioritaria nella società, cercando di mantenere saldamente nelle proprie mani la maggioranza del pacchetto azionario della società.

Proprio per questo, con la legge finanziaria, siamo andati a prevedere la possibilità per la Giunta regionale di acquisire eventuali azioni dell'Autobrennero che si rendessero disponibili con una disponibilità finanziaria prevista in 14 milioni di Euro che sono circa 28 miliardi di lire, che sembra una cifra molto alta, ma che in realtà è già stata definita addirittura irrisoria da parte, ovviamente di qualche ente, associazione o società interessata o alla vendita o all'acquisizione di pacchetti azionari.

Accanto o a margine di questo articolo unico della finanziaria, che ritengo di avere sufficientemente illustrato, esiste da parte della Giunta regionale la necessità di presentare un emendamento che ha effetti diretti sul bilancio delle camere di commercio, perché con legge finanziaria del settembre scorso, cioè approvata con la manovra di assestamento di bilancio, abbiamo approvato un articolo che sottopone il regime di acquisti, per quanto riguarda gli acquisti patrimoniali o le realizzazioni della Regione, alla disciplina della Provincia autonoma di Trento, nel senso che la Regione, come Giunta, come uffici, come strutture ha sede a Trento, che le operazioni vengono decise a Trento e che quindi risultava molto più confacente, molto più comodo riferirsi ad una legge provinciale di Trento.

Siccome le camere di commercio seguono la legislazione della Regione si è creata una situazione di evidente disparità tra le due camere di commercio di Trento e di Bolzano, nel senso che sia la camera di commercio di Trento, sia la camera di commercio di Bolzano devono seguire, per le proprie politiche infrastrutturali o patrimoniali, la legge della Provincia autonoma di Trento. Cosa che è sicuramente coerente per la camera di commercio di Trento, ma che è assolutamente incoerente, che è un assurdo giuridico, per la camera di commercio di Bolzano, nel senso che se la camera di commercio di Trento deve procedere ad un'acquisizione patrimoniale, si avvale della legge della Provincia autonoma di Trento applicando le normative comunemente e normalmente applicate in Provincia di Trento.

Se analoga cosa facesse la camera di commercio di Bolzano, si troverebbe nell'assurda situazione che in Provincia di Bolzano dovrebbe applicare una normativa che è totalmente sconosciuta alla Provincia di Bolzano, ma che è la normativa della Provincia di Trento.

Siccome questo articolo è stato approvato con la legge finanziaria dell'assestamento di bilancio ed ha diretta influenza sul bilancio delle camere di commercio, riteniamo che un emendamento in questo senso trovi la sua collocazione adeguata, da un punto di vista sia formale che sostanziale, proprio nella legge finanziaria che andiamo a proporre al Consiglio. Grazie.

PRÄSIDENT: Danke! Gibt es weitere Wortmeldungen?

Cons. Divina, ne ha facoltà.

DIVINA: Presidente Andreotti, la lascerò respirare, nel senso però che lei, in sede di replica, dia una risposta a chiusura.

Noi conosciamo che siamo sotto scadenza della concessione dell'autostrada del Brennero e non vi è alcuna garanzia, ad oggi, per un rinnovo

all'Autobrennero dalla concessione. Cosa sarà staremo a vedere, è probabile che si dovranno aprire delle gare, se si seguirà la procedura rigida europea la A-22 sarà messa in gara. Sappiamo cosa sta succedendo e lei ce lo ha detto, io ho avuto la fortuna di leggere alcune gazzette di Mantova, dove lì era stata posta con una certa veemenza la questione, Mantova se ne sta disinteressando come comune, pare che anche camera di commercio o enti della bassa area A-22 stiano procedendo in questa direzione ed Autostrade S.p.A. che fa riferimento al gruppo di maggioranza Benetton, è intenzionato a rastrellare tutto ciò che c'è sul mercato di A-22.

Noi non abbiamo alcuna garanzia, è possibile che altri investitori finanziari avessero questo appetito per le quote di A-22 che si liberano? Probabilmente altri investitori, non gli azionisti istituzionali, hanno forse più garanzie che non gli investitori istituzionali in merito al futuro dell'autostrada del Brennero.

Presidente, noi eravamo, come Regione, gli azionisti di riferimento, con più del 20%, oggi 30? Mi ricordo che era una cifra superiore al 20%, lei mi dovrebbe dire, Presidente, perché l'operazione di vendita di infrastrutture, al posto del pacchetto azionario della società di telecomunicazioni – e forse sbaglio nome, Brennerkomm, Alpikomm – queste sono state le parti finite in Alto Adige, la nostra società di partenza, comunque a totale capitale di Autobrennero è stata decisa dal Presidente Dellai e non da lei.

Presidente, rettifico la domanda, perché l'operazione vendita del pacchetto azionario della società di comunicazioni che già aveva ottenuto, dopo aver presentato il proprio piano di investimenti, l'autorizzazione alle telecomunicazioni per la nostra Regione, nonché per le Province limitrofe, è stata gestita dal Presidente Dellai e non dalla Regione, non da lei, non dalla sua precedente Presidente. Ahimè, punto dolente scoperto.

Terza cosa. E' la domanda forse più pregnante Presidente. Guardi che da parte nostra non c'è ostacolo ad approvare questa finanziaria, perché siamo d'accordo che la regia di un'asse diaria così importante rimanga in mano trentina e non finisca in mani esterne, dopo di che avremo a che fare con scelte estranee agli interessi del Trentino, pertanto lo sviluppo e le vie di comunicazione principali è opportuno che vengano decise a pieno titolo in casa nostra.

Presidente mi dica se sbaglio, credo che tutto il patrimonio oggi di A-22 non sia patrimonio di Autobrennero S.p.A., ma sia patrimonio della concessione che nel momento che la concessione smette ritorna al concessionario ANAS o comunque allo Stato.

A me sembra che le pertinenze della autostrada, area di servizio, costruzioni di A-22, addirittura la sede di A-22 non sia proprietà intavolata ad Autobrennero, ma sia concessione di Autobrennero, ma sempre proprietà del concedente. A questo punto sarebbe interessante sapere qual è il vero patrimonio di A-22, perché dal momento che si sta scatenando la bagarre al rastrellamento delle quote e lei Presidente ci chiede un intervento che sfiora 10 miliardi ulteriori, è bene sapere se questi miliardi trovano il corrispondente in fondo o patrimonio sociale. Non so se mi capisce Presidente, perché pur essendo d'accordo che bisogna far qualcosa per evitare che altri decidano, bisogna però capire il vero patrimonio di A-22, dal momento che A-22 non fosse

più concessionaria, altrimenti avremmo buttato 10 miliardi al vento. Non so se nel tempo della chiusura della discussione generale lei avrà modo di recuperare questi dati, è probabile che con una telefonata in Autobrennero lei risolva tutta la questione.

Presidente, la domanda puntuale è: ad oggi quanto ammonta il patrimonio di Autobrennero, escluso il patrimonio del concedente, chiaramente al quale venendo meno la concessione verrebbe restituito il tutto.

Spero che abbia capito le varie domande, Presidente, altrimenti sarò costretto a fare riferimenti di nuovo sull'ordine dei lavori e riprendere successivamente questo ragionamento.

PRÄSIDENT: La parola al cons. Urzì. Ne ha facoltà.

URZÌ: Grazie Presidente. Più che entrare nel merito della questione proposta con la legge finanziaria della Giunta regionale, su questo interverrà successivamente il collega Taverna, intendo rilevare, di fronte all'aula, alcuni passaggi che hanno sicuramente contraddistinto i lavori della commissione competente.

In commissione legislativa si è posto un problema che pare dover riaffacciarsi ora, in aula, in seguito ad iniziative che possono essere riferite ad alcuni colleghi, il problema relativo all'ammissibilità di alcuni emendamenti, che non sono in sintonia con il dettato della legge che regola le modalità di presentazione della legge regionale. Si tratta di una questione che è tutt'altro che filosofica, molto concreta, ma che attiene proprio alla funzionalità della nostra assemblea e la funzionalità dei lavori non solo in commissione, ma anche d'aula.

L'attinenza degli emendamenti che intendono inserirsi nella legge finanziaria, con il dettame della legge regionale che prevede le regole cui deve attenersi la legge finanziaria, ebbene, è previsto esplicitamente che gli emendamenti abbiano un immediato riflesso sul bilancio, per poter essere ritenuti ammissibili, quindi rientrare nelle previsioni della legge che regola la legge finanziaria.

Ebbene, in Commissione legislativa abbiamo avuto dei problemi che hanno creato un vivace dibattito, un dibattito che ha prodotto una iniziativa da parte della Presidenza della Commissione, ossia il sottoscritto, ha ritenuto di dover dichiarare ammissibili alcuni emendamenti che sembravano esulare, andare oltre le regole fissate e determinate, cioè attribuire alla legge finanziaria una funzione che non le spetta, in virtù della legge regionale, la legge finanziaria trasformata nella sostanza in un bastimento sul quale poter caricare ogni possibile modifica a testi normativi vigenti, anche se non immediatamente aventi un riflesso sul bilancio.

Ciò, si è convenuto, non può essere ritenuto ammissibile e ciò devo dire è stato anche il parere in un certo qual modo condiviso dalla commissione tutta, che è stata coinvolta in un dibattito molto articolato e anche molto interessante, un dibattito che ha messo in luce come questo Consiglio regionale, nel passato, abbia provveduto ad utilizzare impropriamente la legge finanziaria, per approvare modifiche a leggi regionali, senza alcun riflesso sul bilancio, un precedente sì, ma che non può costituire una prassi consolidata ed

un precedente che comunque non può modificare il dettato della legge. Tale consideriamo il passaggio che è avvenuto nel corso del dibattito sul bilancio di assestamento.

Vogliamo considerare quell'episodio come un episodio incidentale, un momento in cui evidentemente è mancata una soglia di attenzione particolare da parte non solo dei presentatori del disegno di legge, ma anche da parte del Consiglio regionale tutto, ma noi evidenziamo e sottolineiamo, signor Presidente, ci fa piacere che sia lei a condurre i lavori d'aula in questo momento, come tali episodi non debbano più verificarsi se non si vuole stravolgere, nel senso pieno del termine, il significato, il valore che ha la legge regionale che regola la formazione della legge finanziaria. Nel caso si potrà prevedere nel prossimo futuro, perché no, questo è sicuramente possibile attraverso apposito disegno di legge, la modifica della legge che disciplina la legge finanziaria, in modo da trasformare la legge finanziaria in una sorta di legge collegata.

Questa è un'ipotesi di lavoro, ma che dovrà essere chiaramente valutata nelle sedi competenti e laddove se ne mostrasse veramente l'occasione. Certo è che oggi in questa sede Alleanza Nazionale ritiene di dover mantenere alta l'attenzione, affinché lo strumento della legge finanziaria non sia utilizzato in maniera impropria. Grazie, signor Presidente.

PRÄSIDENT: ...cons. Seppi, sull'ordine dei lavori.

SEPPI: Grazie Presidente. Si tratterà in maniera inequivocabile dell'ordine dei lavori. Nell'intervento fatto prima avevo chiesto gentilmente, come i colleghi si ricorderanno, una possibile riunione delle minoranze per ragionare sulla base della risposta negativa che è venuta dalla maggioranza, dopo la riunione tenutasi nell'orario del pranzo, relativamente alla nostra proposta di anticipare la legge sui comuni, rispetto a quella delle deleghe.

Avevo chiesto nel mio intervento di poc'anzi la possibilità di una riunione delle minoranze, per poter prendere atto della decisione della maggioranza e per vedere come comportarci nella discussione del bilancio.

Quindi volevo una risposta da parte sua ed una presa di posizione delle altre minoranze.

PRÄSIDENT: Grazie, cons. Seppi. Die Minderheiten haben heute bereits eine ausführliche Diskussion gehabt. Genauso hat sich die Mehrheit beraten können. Ich halte weitere Unterbrechungen nicht für zielführend und auch in der Sache nicht für erforderlich. Die Minderheiten konnten sich bereits heute lange beraten. Darum bitte ich um Verständnis, wenn wir keine weitere Unterbrechung vornehmen.

Das Wort hat der Abg. Taverna.

TAVERNA: Signor Presidente, penso che la richiesta del cons. Seppi abbia una sua formale e sostanziale ragione, anche perché la situazione, rispetto a questa mattina, si è andata a modificare per effetto delle comunicazioni che sono state fornite dal Presidente della Giunta, all'inizio della seduta pomeridiana. Quindi mi associo alla richiesta fatta dal cons. Seppi.

Ciò detto, immaginando che qualcuno dopo di me intervenga a proposito di questo argomento, non intendo sottrarmi dal mio compito di intervenire sulla legge finanziaria, confido che il capogruppo collega Urzì abbia l'opportunità di sostenere, subito dopo il mio intervento la richiesta formulata dal cons. Seppi, perché mi pare sia giusto aggiornarci sulla situazione.

Non mi voglio esonerare dall'intervenire sulla legge finanziaria, anche perché questa legge finanziaria mi consente di effettuare un ragionamento sulla nostra società, la chiamo così anche per ragioni affettive, sulla società dell'Autostrada del Brennero, non solo per sottolineare alcuni aspetti positivi che ritengo di dover rimarcare, sia perché l'Autostrada del Brennero è un formidabile strumento a disposizione della Regione, anche per quanto riguarda una vera, decisiva, autentica politica di comunicazione e la comunicazione non può che essere immediatamente rappresentata da un'arteria come l'Autostrada del Brennero che collega due mondi, due economie, inserite peraltro in un contesto economico e sociale quale quello d'Europa di primaria importanza.

Ecco allora se noi volessimo per un momento sognare, potremo immaginare come la Regione, attraverso questo strumento operativo quale è rappresentato dall'Autostrada del Brennero, potrebbe giocare un ruolo primario, un ruolo importante anche se è una competenza che in questo momento non le è affatto riconosciuta, ma lo strumento della società dell'Autobrennero, di cui la Regione detiene un pacchetto di maggioranza relativa, è uno strumento formidabile per immaginare scenari diversi e nuovi, anche alla luce di quello che potrà essere un futuro per l'ente Regione.

Allora non mi limito soltanto ad intervenire per valutare una sinteticissima legge finanziaria, composta di un solo articolo ed accompagnata da una relazione di 10 righe per dire: "La presente legge, redatta ai sensi dell'articolo 27 della legge regionale 9 maggio 1991 n. 10, concernente "Norme in materia di bilancio e sulla contabilità generale della Regione", trova la sua nota accompagnatoria nella relazione al bilancio di previsione della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 2003 e bilancio triennale 2003 - 2005."

In cosa consiste la legge finanziaria? La legge finanziaria consiste, mi correggo, non in uno ma in due articoli, il primo comma dell'art. 1 recita testualmente:

"1. Ai sensi dell'articolo 1 della legge regionale 20 novembre 1958, n. 25, la Giunta regionale è autorizzata a sottoscrivere azioni della società 'Autostrada del Brennero S.p.A.', con sede in Trento, fino alla concorrenza di euro 4.800.000,00.

2. La presente legge entrerà in vigore il giorno successivo a quello della sua pubblicazione nel Bollettino Ufficiale della Regione."

Allora prima affermavo una scarna legge finanziaria, composta di un solo articolo, a sua volta composto di due commi ed una altrettanto scarna e sinteticissima relazione di appena dieci righe in formato ridotto, quindi le righe poi sul piano dello spazio fisico sono ancora minori.

Il rinvio al documento accompagnatorio del bilancio, a pag. 32, leggo testualmente: "Perseguendo la politica di presenza finanziaria in società ed enti economici a carattere regionale, la Giunta intende aumentare la propria quota di

partecipazione nel capitale sociale della società "Autostrada del Brennero S.p.A., con sede in Trento, mediante la sottoscrizione di azioni fino alla concorrenza di euro 4.800.000,00."

Allora i colleghi che hanno la bontà di ascoltarmi, hanno compreso perfettamente che noi siamo di fronte ad un documento di una straordinaria importanza politica e la relazione accompagnatoria, che è rappresentata da 10 righe per un articolo unico della legge, composto a sua volta di due commi, il rinvio alla relazione al bilancio, di cui a pag. 32, per esattezza ci troviamo ad un numero di righe inferiore rispetto a quello della relazione accompagnatoria, ci dice quali sono le intenzioni della Giunta, quali sono le intenzioni del governo regionale a questo proposito.

Noi abbiamo sin qui osservato come la questione dell'Autostrada del Brennero, cito ad esempio uno dei problemi, il Presidente da me sollecitato nella sua altrettanto scarna relazione orale, ci ha evidenziato come il problema della concessione sia la madre di tutti i problemi e che lo spauracchio della gara europea, per quanto riguarda l'affidamento della concessione dell'esercizio dell'Autostrada del Brennero per i prossimi anni, sia non già un temuto spauracchio, ma sia ormai quasi una certezza.

Nulla ha detto il Presidente della Regione, circa l'attività che è stata svolta per fare in modo che la concessione fosse rinnovata dal Governo alla Regione in materia di gestione dell'Autostrada del Brennero. Nulla sappiamo, al di là di quello che si legge sui giornali, circa il futuro della società, circa gli investimenti che la società ha fatto in vasti campi che trascendono addirittura la scienza stessa della società, tant'è che vi sono anche investimenti della società che si occupa di trasporto autostradale, in un settore come quello ferroviario, che nulla ha a che vedere in ragione dei compiti istituzionali e dell'oggetto sociale di questa società.

Noi ci troviamo di fronte, pertanto, ad un'assoluta carenza di argomenti, di notizie e le poche notizie che noi veniamo in possesso sono le risposte scarse, poco incisive e poco esaustive rispetto alle domande che si pongono, in relazione ai tanti impegni, in relazione alle tante prospettive che l'Autostrada del Brennero determina in relazione all'impatto con il territorio.

Mi domando, ad esempio, se il Presidente della Giunta abbia qualcosa da dirci sulla bretella autostradale che dovrebbe collegare Rovereto sud con il bacino del Garda e nulla ci viene a dire rispetto alla assunzione dell'opera relativa alla bretellina, in località Loppio del comune di Mori, inerente alla bretella di collegamento tra il casello di Rovereto sud ed il bacino del Garda.

Al di là del perseguire la politica di presenza finanziaria in società ed enti economici a carattere regionale, penso che la Giunta deve rispondere anche a queste legittime domande, essendo la Regione proprietaria del pacchetto di maggioranza relativa, agli impegni di natura politica che la società si è assunta, agli impegni per quanto riguarda le opere da finanziare, anche soccorrendo alla competenza delle Province, in relazione poi alle opere che l'Autostrada intende realizzare per gallerie e ponti, la cui sicurezza era messa in dubbio da relazioni di natura tecnica e da preoccupanti interviste che sono comparse sulla stampa per la sicurezza, che l'Autostrada deve dare agli utenti,

coloro che quotidianamente si avvalgono del nastro stradale per collegamenti di persone e di merci sull'arteria che collega l'Austria e la Germania all'Italia.

Credo che questi siano legittimi interrogativi che un consigliere ha tutto il diritto, il dovere di porre alla Presidenza della Regione, in questo momento il Presidente della Regione ritiene di non essere così cortese da ascoltare il mio intervento e questo la dice lunga dell'interesse del Presidente della Giunta, in merito al dibattito che si realizza, a proposito di questa scarna legge finanziaria, corredata da una scarna relazione e riferita ad una scarna relazione per il bilancio 2003 e triennale 2003 - 2005.

Allora mi rivolgo al Presidente del Consiglio, perché egli credo sia sufficientemente sensibile per ricevere la mia lamentela, sempre che il collega Denicolò abbia la cortesia di non distrarre il Presidente del Consiglio, altrimenti le mie lamentele non trovano accoglimento.

Allora di fronte ad un Presidente della Giunta che in questo momento è assente, di fronte al Presidente del Consiglio che è stato lungamente distratto dal collega Denicolò, mi domando se devo ancora continuare nel mio argomentare, rivolgendomi unicamente al dott. Dell'Adami che è Vicesegretario del Consiglio regionale, alla sua assistente, al collega Plotegher, al collega Urzi e quanti altri pochi cortesi colleghi hanno l'amabilità di ascoltarmi.

Ringrazio della loro cortesia, ma non posso biasimare il comportamento del vertice del governo regionale, perché ritiene che quello che ho da dire sia del tutto inutile o comunque non interessante al punto da abbandonare il suo posto per occuparsi di altre cose che ritengo essere sicuramente importanti, ma che dimostrano in questa circostanza uno scarso interesse del Presidente della Giunta ed anche una ormai provata e proverbiale mancanza di rispetto nei confronti comunque dell'assemblea regionale, dal momento che un modesto componente della stessa si è alzato a parlare sulla legge finanziaria. Probabilmente mi eserciterò nel disturbare il Presidente della Giunta anche in occasione della discussione della legge successiva di bilancio.

Non solo a me interessa sapere cosa fa l'Autostrada del Brennero per quanto riguarda le opere che intenderà realizzare nel progetto di messa in sicurezza del nastro autostradale, ma sono interessato anche a sapere lo stato dell'arte per quanto riguarda gli impegni ed il grado di realizzazione di questi impegni che l'Autobrennero si è assunta sul territorio nei confronti dei comuni, nei confronti delle due Province.

Voglio sapere anche quali impegni l'Autostrada del Brennero ha assunto nei confronti degli enti territoriali interessati al suo percorso fino all'innesto con l'Autostrada Milano - Bologna, anche per capire lo stato dei finanziamenti e lo stato dell'arte ed il risultato di questi finanziamenti per quanto concerne altri raccordi di natura autostradale, in relazione agli interessi delle comunità che l'Autostrada attraversa, vale a dire comuni, province e regioni che si devono identificare come il comune di Verona, il comune di Mantova, la regione Veneto, la regione Emilia-Romagna che sono cose che ci interessano, alla pari delle opere che saranno finanziate e realizzate sul territorio della regione e sulla messa in sicurezza dell'Autostrada stessa, per quanto riguarda le strutture e per quanto riguarda la sicurezza da assicurare agli utenti dell'autostrada.

Come non può non interessare al Consiglio, che rappresenta gli interessi della popolazione per quanto concerne la gestione dell'autostrada, con il riferimento alla quota del pacchetto azionario oggi di proprietà dell'Autostrada stessa. Nel caso di specie si propone l'acquisto delle azioni che sono cedute da un ente che disponeva della proprietà di queste azioni e di esercitare il cosiddetto diritto di prelazione.

In linea di principio sono d'accordo che la Regione possa realizzare questo diritto di prelazione, perché l'acquisto di azioni per l'importo di 10 miliardi consente alla Regione di rafforzare la propria quota nel capitale sociale della società e quindi di aumentare la rilevanza di proprietà del pacchetto, ma conseguentemente anche una aumentata influenza sulle decisioni che la società Autobrennero S.p.A. potrà prendere nell'immediato futuro, come nel medio e lungo termine.

Siamo particolarmente interessati quindi al rafforzamento della presenza della Regione nella società, anche se dobbiamo non nasconderci dietro al possibile rischio che a scadenza della concessione, una concessione che è durata 30 anni, a scadenza di questa concessione l'Autostrada del Brennero abbia rischi concreti di vedersi sottratta la concessione per il periodo futuro e quindi sotto questo profilo un investimento di acquisto di azioni che sono cedute da altro socio della società, potrebbe far correre il rischio alla Regione di acquistare ad un prezzo determinato, 10 miliardi, parte di azioni che se la concessione non fosse confermata all'Autostrada varrebbero sicuramente molto meno.

Quindi al di là della importanza strategica che l'Autostrada del Brennero ha nei confronti di una delle più importanti vie di comunicazione, quindi al di là della importanza strategica per quanto riguarda la comunicazione ed il trasporto di persone e di merci, vi è anche una preoccupazione di natura finanziaria, perché acquistare oggi azioni che hanno un certo valore si potrebbe un domani verificare il caso, nell'ipotesi in cui la concessione non fosse confermata alla società, un esborso finanziario non sufficientemente garantito per quanto riguarda la società stessa.

Queste cose dovevano essere dette dal Presidente della Giunta, la relazione illustrativa della legge finanziaria, relativamente a questo obiettivo, l'obiettivo di acquisto di 10 miliardi di quote detenute da altri enti del capitale sociale della società, dovevano essere dal Presidente della Giunta ulteriormente giustificate, illustrando il Presidente della Giunta la politica che la società realizza e vorrà realizzare, anche in relazione con le difficoltà che sono sorte negli ultimi anni e che hanno reso precaria la situazione, tant'è che il futuro per la società potrebbe essere un futuro anche ricco di incertezze.

Quindi sotto questo aspetto la valutazione che posso fare è una valutazione negativa sul piano della conoscenza e sul piano delle prospettive, scarsa conoscenza per quanto riguarda i dati, assoluta mancanza di informazione per quanto riguarda le opere, assoluta mancanza di volontà per quanto riguarda la necessità di rendere trasparente questo progetto e l'assoluta mancanza di certezza per quanto riguarda il futuro.

Sono tutte queste considerazioni che, accanto alla valutazione di principio, una valutazione positiva per quanto concerne l'acquisto delle azioni che sono in procinto di essere cedute, per cui noi esercitiamo il diritto di

prelazione per quanto riguarda questa quota del pacchetto azionario, ma in assenza di tutte queste caratteristiche, di queste informazioni, in assenza di una spiegazione per quanto riguarda la politica della società, siamo dell'avviso che la valutazione non può che essere una valutazione positiva, perché ci mancano i dati di confronto e l'unica cosa che noi oggi siamo nella condizione di poter valutare è che la Regione, attraverso l'acquisto, spenderà 10 miliardi per delle azioni di una società fortissimamente in pericolo in relazione dell'oggetto sociale di questa società, a meno che non si voglia dire che l'Autostrada del Brennero, una volta perduta la gestione dell'arteria autostradale si occuperà di altre cose. Tutto questo dovrebbe essere elemento di valutazione e dovrebbe essere stato, da parte del Presidente, argomento di approfondimento anche in questa sede.

Mi sono lamentato, caro Presidente, della tua assenza per lunga parte del mio intervento e desidero, nei pochi secondi che mi rimangono per concludere il mio intervento, ribadire che hai mancato di quel proverbiale fair play istituzionale che impone al Presidente della Regione di essere presente quando un membro dell'assemblea regionale interviene, per affrontare un argomento che, seppure in relazione ad una scarsa relazione, ad una scarsa legge composta di un solo articolo con due commi ed in relazione ad una altrettanto scarna valutazione, espressa a pag. 32 della relazione accompagnatoria al bilancio, tutto questo nel contesto di una situazione di palese incertezza, di assenza di informazioni per quanto riguarda lo stanziamento per le opere di messa in sicurezza dell'Autostrada, per quanto riguarda ponti, gallerie, per quanto riguarda i raccordi autostradali nel territorio della regione e con le altre realtà territoriali al di fuori della nostra regione.

Tutto questo a fronte di una assoluta incertezza per quanto riguarda la gestione della Autostrada medesima e di conseguenza anche il rinnovo della concessione all'esercizio autostradale.

Caro Presidente, se si inizia così il dibattito sul bilancio è evidente che siamo partiti molto male, spero che si possa recuperare anche sul bilancio quello che è stato omesso nel corso della discussione di questo disegno di legge n. 60.

PRÄSIDENT: Cons. Urzi, ne ha facoltà.

URZÍ: Grazie Presidente. E' accaduto un fatto grave e la invito, signor Presidente, a chiarire immediatamente quella che è ed intende essere la sua posizione, in vista dell'avvio del dibattito vero e proprio, aperto dall'intervento del collega Divina ed ora seguito dal collega Taverna.

Non a caso, signor Presidente, ero intervenuto nel merito, nel dibattito generale, per porre l'attenzione su un problema di interpretazione, anzi di presa d'atto dei termini della legge regionale 1991, n. 10, che disciplina con chiarezza quelli che devono essere i termini in cui deve prendere forma la legge finanziaria.

All'art. 27 infatti si legge: "Al fine di adeguare le spese del bilancio della Regione agli obiettivi generali individuati nell'ambito del programma pluriennale, per realizzare l'equilibrio del bilancio prescritto dall'art. 14, la Giunta regionale può presentare al Consiglio, contemporaneamente al disegno di legge di approvazione del bilancio o di assestamento del medesimo, un disegno

di legge finanziaria con la quale possano operarsi modifiche ed integrazioni, a disposizioni legislative, aventi riflessi sul bilancio”.

Orbene, signor Presidente, ci troviamo di fronte ad un disegno di legge, il n. 60 che prevede delle misure che hanno un immediato riflesso sul bilancio e sono le misure proposte dalla Giunta regionale, legittime misure proposte.

Non intendo, in questa sede, intervenire nel merito, lo ha già fatto il collega Taverna prima di me.

Al disegno di legge n. 60, sono stati presentati emendamenti, li cito non nell'ordine di discussione...

PRÄSIDENT: Di queste cose parleremo dopo...

URZÍ: Signor Presidente, sono intervenuto sull'ordine dei lavori e la prego di lasciarmi concludere l'intervento, altrimenti utilizzerò il tempo a disposizione, che mi rimane abbondante nel merito, per esporre queste ragioni. Se ritiene, signor Presidente, ci mancherebbe altro, mi adeguo alle sue decisioni, intervengo nel merito e quindi utilizzando il tempo che ho a disposizione, se lei ritiene. Grazie, signor Presidente.

Faccio presente, signor Presidente, che è stata presentata una serie di emendamenti ed alcuni di questi emendamenti attengono modifiche a leggi in vigore, ma senza alcun riflesso sul bilancio e non prevedendo riflessi sul bilancio sono emendamenti che hanno la necessità di essere dichiarati da subito inammissibili. Se questo è il metodo di lavoro, signor Presidente, significa che fra un minuto potrebbe essere presentato dal collega Denicolò un emendamento sulle deleghe di funzioni amministrative ed inserito nella legge finanziaria, ma ricordiamo che potrebbero essere presentati migliaia di emendamenti da parte nostra di modifiche a leggi in vigore e che non hanno riflessi sul bilancio, se questo è il metro di giudizio deve valere per tutti.

Signor Presidente, siccome stiamo iniziando il dibattito sulla legge finanziaria è meglio sgomberare il campo a degli equivoci subito, signor Presidente, non domani, dichiariamo subito quelli che sono emendamenti ammissibili fra quelli presentati e distribuiti e quelli che invece sono ritenuti inammissibili, perché se il dubbio resta, signor Presidente, lei sa che fra un quarto d'ora ci sono già 100 emendamenti pronti nostri e che la legge finanziaria non passerà mai, come non passerà mai questo bilancio.

Questo deve essere chiaro, al di sopra di ogni dubbio ed incertezza e siccome alcuni di questi emendamenti, signor Presidente, sono presentati o da membri della maggioranza o addirittura dal Presidente della Giunta regionale che si è assunto con questo una responsabilità gravissima, una lesione gravissima della legge di cui deve rispondere, allora noi temiamo il fondato dubbio che ci sia una volontà di aggirare la legge, di impedire a questo Consiglio di esercitare i suoi normali poteri.

Presidente, la invito da subito, pena la presentazione da parte nostra, in dieci minuti, dei primi blocchi di emendamenti, la prego di dichiarare da subito quelli che sono gli emendamenti ammissibili o inammissibili, altrimenti fra dieci minuti potremo trovarci nella condizione di discutere di un emendamento, che prevede la delega di funzioni amministrative dalla Regione

alle Province, inserito nella finanziaria. Questo non può essere ritenuto ammissibile, signor Presidente. Grazie.

PRÄSIDENT: Herr Abg. Urzì, wir lassen die Generaldebatte weitergehen. Ich antworte Ihnen dann später.

Abg. Leitner hat das Wort.

LEITNER: Danke, Herr Präsident! Ich werde sehr kurz sein. In der Kommission haben wir zu diesem Gesetz sehr kurz die Möglichkeit gehabt, zu sprechen bzw. Fragen zu stellen. Ich möchte aber hier eine Frage noch einmal wiederholen. Ursprünglich war vorgesehen, einen Betrag von 4,8 Millionen Euro vorzusehen, der in der Kommission auf 14,8 erhöht worden ist. Es ist jetzt sicherlich wichtig zu wissen, wie der Stand der Dinge ist beim eventuellen Verkauf von Aktien bei der Brennerautobahn AG. Wir haben ja gehört, dass irgendwelche Teilnehmer Aktien abstoßen möchten und es ist die große Sorge entstanden, dass man hier von südlichen Provinzen diese Anteile kaufen könnte und die Region hier das Nachsehen hätte. Ich finde es sicherlich richtig, dass die Region sich hier auf die Füße macht, um Schaden abzuwenden in dem Sinne, dass ein Aktienverkauf außerhalb der Provinz erfolgt. So sehr ich die Finanzgebarung der Region kritisiere, diesen Punkt - denke ich - muss man unterstützen, weil es sicherlich sinnvoller ist. Denn solange die Region besteht, soll sie mit den Geldmitteln so vernünftig wie möglich umgehen und das wäre sicherlich eine Investition, die auch im Interesse der Bevölkerung dieser Region ist.

Eine andere Frage – und Kollege Taverna hat sie aufgeworfen -, was die Konzession der Brennerautobahn AG anbelangt. Welcher Stand ist der Regionalregierung diesbezüglich bekannt? Wie schaut es aus? Es gibt immer wieder Zeitungsberichte, einmal positiv, einmal negativ. Letzthin hat es geheißen, die Aussichten würden gut sein, dass die Konzession weiterhin bei der Brennerautobahngesellschaft bleibt. Das ist auch wichtig zu wissen, damit man weiß, wie man die Zukunft planen soll.

Dann noch zwei Sätze zu den eingereichten Abänderungsanträgen bzw. Zusatzartikeln, die hier gekommen sind. Einer betrifft die Handelskammer. Der wurde in der Kommission nicht zugelassen. Meine Frage: warum wurde er in der Kommission abgelehnt und jetzt kommt der Gleiche? Jetzt kommt er nicht als Art. 2, sondern als Art. 1 bis und wenn ich richtig lese, haben wir hier zwei Art. 1 bis. Ich verstehe auch nicht, wie das gehen soll. Aber das ist eine technische Frage, die auch zu klären ist. Wir können nicht zwei Art. 1 bis haben.

Zur Handelskammer folgendes: ich verstehe vollkommen, dass man hier eine Angleichung der gesetzlichen Bestimmungen, was das Bauen anbelangt, schafft. Denn wenn hier beispielsweise ein Objekt gebaut werden soll, wo die Handelskammer und das Wohnbauinstitut einziehen sollen, und das Wohnbauinstitut nach den Regeln des Landes bauen muss und die Handelskammer hingegen nach der staatlichen Bestimmung, bzw. der „legge Merloni“, dann ist das nicht kompatibel, das versteht man auch. Nur hier, Präsident Andreotti, das werden Sie vielleicht nicht wissen, war gerade heute in der Zeitung zu lesen, dass das Wohnbauinstitut möglicherweise gar nicht baut.

Das heißt nicht, dass man die Regelung nicht doch vereinheitlichen soll. Es gibt diese Diskussion, ob es sinnvoll ist, dem Wohnbauinstitut so viele Gelder zur Verfügung zu stellen, um einen eigenen Sitz zu errichten. Aber das ist eine politische Diskussion, die die Provinz Bozen betrifft. Nur ist sie dann nicht mehr so akut, weil diese gesetzliche Bestimmung wurde ja gerade wegen dieses Baues vorgeschlagen, wo Handelskammer und Wohnbauinstitut gemeinsam einziehen sollten. Offensichtlich möchte die Landesregierung von Südtirol nicht mehr dem Wohnbauinstitut die Geldmittel zur Verfügung stellen, um diesen Sitz zu errichten. Aber wie gesagt, das ist eine Nachricht, die man heute in der Zeitung lesen konnte. Landeshauptmann Durnwalder ist jetzt nicht da, sonst könnte er dazu vielleicht einen Satz sagen. Nichtsdestotrotz bin ich dafür, dass diese Regelung getroffen wird, weil es könnte in Zukunft ja wieder vorkommen, dass in einem und demselben Gebäude Einrichtungen des Staates und des Landes bzw. der Region und des Landes einziehen könnten und eine Institution nach den baurechtlichen Vorschriften des Staates bauen müsste und die andere nach jenen des Landes. Das ist nicht kompatibel, deshalb bin ich schon dafür, dass man das macht.

Dann noch zum anderen Abänderungsantrag. Ich hatte nicht die Zeit, jetzt das im Detail durchzulesen. Wir haben heute als Fraktionssprecher alle einen Brief vom Gemeindenverband Südtirols und vom Trentiner Gemeindenverband bekommen, wo es um die Prinzipien der Trennung von Verwaltungsstrukturen auf politischer Ebene geht. Hier wurde ein Artikel eingereicht. Ich sehe, er ist nicht deckungsgleich mit dem, den die beiden Gemeindenverbände vorgeschlagen haben und ich hatte nicht die Gelegenheit, jetzt diesen im Detail zu lesen. Auch hier bitte eine Klärung, was genau mit diesem Vorschlag hier vorgeschlagen wird. Ansonsten kann man diesem Gesetzentwurf durchaus zustimmen. Ich habe mich in der Kommission der Stimme enthalten. Wenn hier diese Punkte geklärt werden, dann bin ich auch der Meinung, dass man diesem Gesetzentwurf zustimmen kann.

PRÄSIDENT: Danke! Ich gebe nur eine vorläufige Antwort auf die Fragen des Abg. Urzì. Was den Änderungsantrag zu den Gemeinden betrifft, Prot. Nr. 9777, ist dieser sicherlich nicht zulässig, weil er dem Gesetzesentwurf völlig fremd ist. Dann zulässig ist der Antrag, Prot. Nr. 9751, betreffend die Teilnahme an Stiftungen, bzw. die Bereitstellung von 50.000 Euro. Dies ist finanztechnisch möglich und somit zulässig. Eine dritte Frage was den Änderungsantrag zu den Handelskammern betrifft: hier könnte man den Einwand machen, dass er nicht ohne weiteres zulässig ist, weil es nicht direkt mit dem Haushalt zu tun hat. Allerdings haben wir eine sehr ähnliche Bestimmung einmal schon angenommen, nämlich betreffend die öffentlichen Arbeiten der Region. Die Handelskammern sind mit der Region verbunden und darum könnte man auch eine ausreichende Verbindung, aufgrund dieser Verbindung mit der Region, auch zum Haushalt herstellen. Aber sicher erscheint es mir nicht und deshalb möchte ich vorher noch das Präsidium befragen, wenn diese Sache zur Diskussion kommt. Wenn das Präsidium zu keiner einstimmenden Auffassung gelangt, dann möchte ich die Entscheidung dem Plenum überlassen. Was die anderen Änderungsanträge vom Abg. Morandini betreffen, so sind diese grundsätzlich zulässig, weil sie vom Inhalt her etwas Ähnliches betreffen, wie

der Antrag der Abg. Conci. Aber hier geht es um Finanzen und darum ist es etwas anderes. Was die Tagesordnung betrifft, die die Abg. Conci vorgelegt hat, auch hier geht es um Stava, um die Bereitstellung von 50.000 Euro. Dieser Antrag ist als Tagesordnung nicht zulässig, außerdem liegt er bereits als Änderungsantrag vor und als solcher wird er behandelt werden. Weiteres liegt mir im Augenblick nicht vor.

Das Wort hat nun Abg. Giovanazzi.

GIOVANAZZI: Grazie Presidente. Dobbiamo dire che il comportamento del Presidente del Consiglio regionale è sempre corretto ed ha dimostrato di avere una sensibilità sul piano umano, proprio perché l'incontro di ieri sera è stato piacevole e ci siamo sentiti onorati dell'invito del Presidente Pahl, anche se sul giornale di oggi si diceva che i trentini hanno disertato, ma non è vero e mi sembra fra l'altro che con la voce angelica del cons. Pino Morandini, che è anche Vicepresidente del Consiglio provinciale, sia stata una serata piacevole. Purtroppo poi abbiamo dovuto assentarci, perché dovevamo andare a Trento a sentire il Ministro Castelli.

Devo dire che ieri è stata una serata carica di soddisfazioni, prima l'incontro conviviale poi la soddisfazione che ci ha dato anche il Ministro Castelli, perché devo dire che, rispetto quello che riporta la stampa generalmente su Castelli, ci siamo fatti un'idea di una persona completamente diversa, di una persona che sa dialogare in modo diretto anche con il popolo, che è quello poi che rappresenta.

Detto questo, purtroppo dobbiamo discutere della finanziaria, lo faccio a malincuore, perché devo dire che avrei preferito che questa finanziaria fosse stata discussa in un clima diverso, magari sapendo che dopo questa finanziaria ci sarebbe stata la discussione del disegno di legge sui comuni. Questo non è avvenuto per una presa di posizione che manifesta la prova di forza che più volte questa maggioranza ha fatto nei confronti dell'opposizione, prova di forza che è più dettata da uno dei partner che fa parte di questa maggioranza che è la SVP, perché sicuramente il PATT non riuscirebbe ad esercitare una pressione come quella che viene esercitata dalla SVP.

Sarebbe stato interessante se, anziché fissarsi sulla discussione del disegno di legge sulle deleghe, si fosse fatta un'apertura nei confronti delle opposizioni di discutere subito dopo il disegno di legge sui comuni, non è avvenuto e cominciamo a parlare di finanziaria.

Questa finanziaria presenta un bilancio che si aggira attorno agli 800 miliardi, se non erro, non sono pochi, risorse che in parte vengono trasferite alle Province già da adesso e che vengono esercitate le competenze in alcune materie su delega della Regione. Uno dei passaggi importanti e consistenti è quello che riguarda il trasferimento alla protezione civile, cioè le risorse che vengono destinate ai vigili del fuoco. Non è il caso di Bolzano, ma quelle quote, collega Denicolò, vengono trasferite nella misura del 50% per Trento e nella misura del 50% per Bolzano...

Collega Urzì, quando mi rivolgo a lei che è in conferenza stampa o sta ascoltando qualche intervento che le interessa, mi fa addirittura segno con la mano e non mi risponde nemmeno, gradirei che tornasse al suo posto o quanto meno si allontanasse da me per non disturbarmi.

Dicevo che le risorse che vengono trasferite dalla Regione alla Provincia autonoma di Trento, unitamente ad altre risorse che vengono messe a disposizione dalla Provincia stessa, hanno fatto sì che il capitolo destinato alla protezione civile abbia una crescita non indifferente.

Presidente Andreotti, qualche volta la disponibilità eccessiva di risorse non è che sia sinonimo di benessere, o che sia un fatto positivo, assolutamente no ed in questi giorni sappiamo che sono intervenuti autorevoli opinionisti, cito quello di Sergio Romano, dove hanno tirato in ballo il problema delle autonomie, parlando in un discorso più generale, è quello del federalismo fiscale, la devolution che sta venendo avanti e che prevede la suddivisione del nostro territorio in regioni federate, regioni che verranno dotate di autonomia anche sul piano impositivo, inevitabilmente, se questa riforma verrà realizzata, credo che una modifica per quanto riguarda la situazione economico-finanziaria delle Province ci sarà sicuramente, quanto meno per il fondo di solidarietà che verrà istituito, dove le Province più ricche dovranno concorrere per mettere a disposizione le risorse per quelle più povere, per mettere tutto il paese sullo stesso piano e nel giro di qualche anno non ci siano più le regioni di serie A e quelle di serie B.

Sicuramente verranno ridotte anche le nostre risorse e probabilmente noi ci troveremo in una situazione di svantaggio rispetto alle altre regioni, proprio perché le altre regioni si sono abituate a camminare con aiuti inferiori rispetto a quelli che abbiamo avuto noi. Questo per noi rappresenterà un momento di difficoltà.

Perché qualche volta forse sarebbe meglio essere meno ricchi? Perché la minor ricchezza o una situazione economica normale diventa di stimolo ai cervelli per assumere iniziative che in una situazione di benessere e di ricchezza diffusa non avviene.

Presidente Andreotti, se il bilancio verrà approvato in questa sessione potrà trasferire subito le risorse ai vigili del fuoco, se non verrà approvato in questa sessione probabilmente dovrà trasferire queste risorse nella misura di dodicesimi fino ad aprile.

Quando trasferirà queste risorse, ad esempio ai vigili del fuoco, lei dovrà anche essere consapevole che potrebbe generare altre polemiche, perché sappiamo benissimo che all'interno del corpo dei vigili del fuoco volontari esiste un malessere diffuso, proprio per l'impiego di queste risorse in modo non del tutto oculato. E' quasi scandaloso vedere che pur di utilizzare tutte le somme messe a disposizione dalla Provincia, si vanno a fare acquisti che non servono agli scopi del corpo. Abbiamo visto l'acquisto di macchine superaccessorate ed abbiamo visto praticamente che il corpo sta assumendo più l'indirizzo di un'associazione politica che di volontariato. Queste unità che sono nell'ordine di seimila vengono spesso utilizzate a fini politici, a scopo quasi elettorale da coloro che oggi governano e mi riferisco all'attuale Giunta provinciale di Trento.

Non tocco assolutamente quella di Bolzano, perché su questa materia non sono sorti problemi, probabilmente c'è una gestione diversa. Su questo non posso sicuramente rivolgere critiche al Presidente Durnwalder, se invece dovessi disapprovare qualcosa, direi che disapprovo le sue continue visite in Trentino su invito del PATT. Va a fare delle promesse, a breve verrà

approvata la legge sui sindaci, viene anche applaudito e poi qui troviamo un muro quasi insormontabile, per quanto riguarda l'approvazione di questa legge.

Egli ha fatto anche affidamento sulla complicità dei nostri colleghi trentini Andreotti e Panizza, che lo hanno fortemente applaudito, senza avere il coraggio di dirgli: caro Presidente, quando siamo in aula a Bolzano succede qualcosa di diverso, rispetto a quello che tu dici? O i nostri colleghi trentini peccano quasi di vigliaccheria, in senso buono, hanno la coda di paglia, perché non hanno avuto il coraggio di dire al Presidente Durnwalder che quello che sta dicendo non si avvererà a breve, ma avrà scadenza a lungo termine.

Ho una grande stima e manifesto anche sentimenti di amicizia nei confronti del Presidente Durnwalder, però non vorrei che facesse la fine del suo predecessore Magnago, che lo trasferivano da un luogo all'altro. Presidente Durnwalder, tu hai una personalità diversa e ti prego di non continuare a fare visite ufficiali in Trentino, te lo dico per l'amicizia che credo ci sia fra noi ed anche per la promessa che hai fatto una volta di venire difficilmente in Trentino, invece a distanza di qualche giorno da questa solenne promessa ti sei ripresentato. Comunque sei sempre una persona simpatica e gradita, però non vorrei che tu venissi strumentalizzato da qualche forza politica del Trentino.

Mi riconosco negli interventi che hanno fatto prima i miei colleghi Mosconi e Valduga, quando dicono che qui si sta consumando il funerale della Regione e parecchi dei nostri colleghi trentini fanno finta di non accorgersi, perché è una posizione questa di comodo.

Credo che il ruolo della Regione e del Consiglio regionale, cons. Panizza, non sia quello di pensare di distribuire targhe, diplomi, eccetera, ma credo che il ruolo della Regione sia quello di garantirsi la presenza nell'autostrada, ma non correre a chiudere la porta della stalla quando i buoi sono già usciti, si doveva fare prima, perché adesso con il problema dell'autostrada ci troviamo in ritardo e così è avvenuto anche per altre questioni, in Trentino, ad esempio, abbiamo anche perso il controllo delle banche.

Questa Regione e le due Province, soprattutto quella di Trento, che rivendicano in continuazione di essere autonome, hanno dimostrato in questi ultimi anni di non saperlo fare, proprio perché autonomia vuol dire autogoverno, difesa di tutte quelle questioni che riguardano l'interesse e favoriscono la crescita di una comunità, di un paese. In questo caso la perdita delle banche, per esempio, non è sicuramente un fatto che possiamo segnare come positivo.

Cons. Valduga, leggevo sul giornale, se le notizie sono giuste, che è stata fatta la fusione della Trentino trasporti, Trento Malè ed Atesina e, guarda caso, hanno acquistato i vagoni che sono più lunghi di quello che loro pensavano e devono rifare la stazione, devono rifare tutto, non possono fermarsi.

Caro Presidente Durnwalder, a Bolzano non sarebbe successo questo!

A Mezzocorona, ad esempio, i treni non si fermano più, perché sono troppo lunghe le carrozze e troppo ridotto lo spazio per la fermata. Quando noi andiamo a fare una serie di investimenti, conferenze stampa, andiamo ad accontentare tutti nel Consiglio, inseriamo il Vicepresidente del PATT per garantirci l'appoggio nel 2003 e cerchiamo di fare un consiglio di amministrazione su misura e poi mettiamo in piedi un servizio che non si ferma

nemmeno alle stazioni, mi sembra quasi di essere ai tempi della diligenza, che fermava in mezzo alle campagne.

Questo è il risultato, secondo me, dell'autonomia e di una provincia ricca, perché non si impiega più il cervello, ma si usa solo il denaro che viene concesso senza sacrifici e senza impegno.

Per quanto riguarda il bilancio di questa Regione, per le competenze che ha, per quelle che cercano di toglierle, sono sicuramente troppi questi miliardi, Presidente, perché mi sembra quasi che ragioni come un padre di famiglia che non ha ancora conosciuto quello che gli sta attorno, quando lei si ferma a discutere su questioni banali, addirittura che sfiorano il ridicolo e non parliamo dei problemi veri che riguardano questa Regione. Noi parliamo di misurare mezzo milione ad una manifestazione quando qui si sta giocando veramente l'autonomia.

Prima dicevano che era Margherita Cogo che non funziona, adesso c'è Wanda Chiodi e vedrete che riusciremo sicuramente a rilanciare il ruolo della Regione, alla fine cosa è successo? In questa Regione si gestisce neanche più l'ordinario. Voi non potete pensare che con un convegno sulla cooperazione – Pino Morandini mi suggerisce più convegni – per impiegare risorse perché non sapete dove destinarle, non potete pensare di avere risolto i problemi che riguardano la Regione, la nostra autonomia, eccetera.

Se qui venissero i padri storici dell'autonomia, se potessero ritornare qui dentro, chiederebbero di ritornare subito nel luogo della pace, perché qui si scandalizzerebbero di quello che in questi ultimi anni è stato fatto.

Presidente, anche se questo bilancio non verrà approvato in questa sessione, non penso rappresenti un grave danno, non farà altro che non assecondare del tutto le richieste del suo collega Panizza, spenderà per dodicesimi e spendendo per dodicesimi avrà comunque la tranquillità di arrivare al 2003 rispettando quei piccoli impegni che si è assunto con quell'elettorato che si accontenta di una targa, di una festa per bere la birra e che pensa che rafforzando queste feste campestri, questi incontri, abbia svolto un ruolo importante nell'interesse della comunità per la difesa dell'autonomia. Questo termine viene usato a sproposito spesso e volentieri.

A me piacerebbe chiedere a qualcuno quando dice: noi siamo una Provincia autonoma, la dobbiamo difendere! Cosa vuol dire? Non voglio assolutamente che si arrivi alla situazione di Trento, che l'attuale Giunta provinciale ha creato, che è quella di dire: autonomia è sinonimo di denaro, di risorse. In questo modo si è abituata la gente ad avvicinarsi alla greppia per avere qualche cosa ed in questo modo si è tolta ogni dignità alla persona.

Quando guardiamo gli animali, anche quelli più diffidenti dell'uomo, quando c'è un inverno di carestia e di difficoltà, pur carichi di diffidenza nei confronti dell'uomo, se l'uomo offre la possibilità di sfamarsi questi si avvicinano, superano anche la diffidenza.

Presidente Pahl, stia tranquillo che non abuserò della sua pazienza e della sua disponibilità cercherò di chiudere rapidamente, per riprendere quel discorso di prima che noi dobbiamo abituare i cittadini a fare qualche sacrificio e qualche volta dobbiamo dire anche di no, perché la ricerca del consenso a tutti i costi può veramente provocare dei danni enormi, qualche volta bisogna dire di

no, per far capire che chi governa si sente veramente il peso e la responsabilità del ruolo che svolge.

Concludo Presidente Pahl, per dire che noi dobbiamo assumere un modo di pensare e di agire diverso e non puntare assolutamente sulle risorse, ma fare ragionare la gente e fare ritornare nella gente gli ideali, perché solo attraverso gli ideali puoi fare grandi battaglie e puoi anche vincerle.

PRÄSIDENT: Sind weitere Wortmeldungen? ...Dann berufe ich das Präsidium zur Beratung über die Änderungsanträge ein und morgen geben wir Ihnen die Entscheidung bekannt. Ich darf noch hinweisen: morgen kommt um 9.00 Uhr der Präsident des Parlaments des brasilianischen Bundesstaates von Rio Grande do Sul zu Besuch. Es ist dies Dr. Zambiasi. Ich kenne ihn persönlich, ich habe ihn im vergangenen Jahr in Porto Allegro getroffen und wenn Sie so freundlich sind, möchte ich ihn vor Beginn der Sitzung ganz kurz ein Grußwort hier sprechen lassen. Er ist nämlich Trentiner aus der Gemeinde Capodenno. Seine Vorfahren sind im letzten Jahrhundert ausgewandert. Er möchte ganz rege Kontakte im Besonderen zum Trentino anknüpfen und nachdem er eine große Gemeinschaft von Trentinern vertritt und im Bundesstaat Rio Grande do Sul einige Millionen Italiener und Deutsche wohnen, möchte ich ihm die Gelegenheit geben, hier etwa fünf Minuten ein Grußwort an Sie zu richten. Aber das ist dann noch nicht die offizielle Sitzung, diese wird 10 Minuten später aufgenommen. Nachdem er hier ist, möchte ich Sie um diese Freundlichkeit bitten, dass er hier die Abgeordneten direkt kurz begrüßt.

Die Sitzung ist geschlossen.

(ore 17.52)

INDICE

INHALTSANGABE

PROPOSTA DI DELIBERA N. 34:

Bilancio di previsione del Consiglio regionale per l'esercizio finanziario 2003 (presentato dall'Ufficio di Presidenza)

pag. 1

BESCHLUSSFASSUNGSVORSCHLAG NR. 34:

Haushaltsvoranschlag des Regionalrates für das Haushaltsjahr 2003 (eingebracht vom Regionalratspräsidium)

Seite 1

DISEGNO DI LEGGE N. 60:

Disposizioni per la formazione del bilancio annuale 2003 e pluriennale 2003 - 2005 della Regione autonoma Trentino-Alto Adige (legge finanziaria) – (presentato dalla Giunta regionale)

pag. 6

GESETZENTWURF NR. 60:

Bestimmungen für die Erstellung des Haushaltes für das Jahr 2003 und des mehrjährigen Haushaltes 2003 – 2005 der autonomen Region Trentino – Alto Adige (Finanzgesetz) – (eingebracht vom Regionalausschuss)

Seite 6

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

URZÍ Alessandro (ALLEANZA NAZIONALE)	pag.	7-8-11-21-25-40-46
ANDREOTTI Carlo (PARTITO AUTONOMISTA TRENINO TIROLESE - P.A.T.T.)	"	7-22-33-36
MOSCONI Flavio (FORZA ITALIA)	"	10-17-23-29
SEPPI Donato (GRUPPO MISTO UNITALIA - MOVIMENTO SOCIALE - FIAMMA TRICOLORE)	"	12-24-28-41
MORANDINI Pino (IL CENTRO)	"	13-35
LO SCIUTO Antonino (FORZA ITALIA LISTA CIVICA CCD)	"	13-20
TAVERNA Claudio (ALLEANZA NAZIONALE)	"	14-36-41
DIVINA Sergio (LEGA NORD TRENINO - PADANIA)	"	15-38
DENICOLO' Herbert Georg (SÜDTIROLER VOLKSPARTEI - S.V.P.)	"	16-19-20-26
LEVEGHI Mauro (TRENINO DOMANI)	"	16-
CONCI-VICINI Paola (UNIONE AUTONOMISTA POPOLARE – U.A.P.)	"	18
GIOVANAZZI Nerio (IL CENTRO)	"	18-27-50
MAGNANI Mario (CIVICA - MARGHERITA)	"	21
VALDUGA Guglielmo (IL CENTRO)	"	30-34
COMINOTTI Giovanni (FORZA ITALIA LISTA CIVICA CCD)	"	31

DALMASO Marta
(CIVICA - MARGHERITA)

" 32

LEITNER Pius
(LADINS - FREIHEITLICHEN)

" 48

